

Er scheint täglich außer Montag. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.00 Mark, monatlich 1.10 Mk. ...

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfgeheilten Bettstellen oder deren Raum 40 Mk. für Vereins- und ...

Verantwortlicher: Karl L. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Donnerstag, den 30. Juli 1896.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

Ein Idol der Bourgeoispatrioten.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ feiern den Direktor der Distrikto-Gesellschaft Adolf v. Hansemann, „einen der verdienstlichsten und hochangesehensten Bürger Berlins“ ...

Es hiesse den Raum des „Vorwärts“ über Gebühr in Anspruch nehmen, wollten wir hier auch nur in kurzen Zügen ein Gesamtbild von der „fruchtbringenden“ Thätigkeit des Jubilars entwerfen. Wir können uns aber darauf verzichten, als z. B. über die Rolle, welche das Institut des Geseierten bei der Anlage der Gelder für den Invalidenfonds gespielt hat, Franz Mehring in der „Neuen Zeit“ das Wissenswerthe bereits mitgeteilt hat. ...

Im ganzen haben die Aktionäre somit seit Bestehen der Gesellschaft 62 602 800 Mark an Kapitaleinkünfte erlitten. Man kann demnach, einen Nachdruck eines englischen Nationalökonomens variierend, sagen, daß das Kapital der Aktionäre die Mine des Emissionshauses gewesen und daß in diesem Sinne sicher dessen Leiter das Wort „Nimm Hach“ und Spalten, grade selber, die eigene Arbeit macht Dich groß“ wunderbar erfüllt hat. ...

Rienzi. Der letzte der römischen Volkstribunen. Roman von Edward Lytton Bulwer. Weißer als der Marmor zu seinen Füßen wurden die Wangen Adrians. Es dauerte lange, ehe er antworten konnte, und es geschah jetzt mit erzwungenem Lächeln und zitternder Lippe. ...

„Sage mir, ehe ich Dir antworte, willst Du, wenn auch Tod, Qualen, ein ganzes Leben von Sorgen die Folge dieser Liebe wären, bereuen, daß Du geliebt hast? Ist das der Fall, so kennst Du nicht die Liebe, die ich für Dich fühle.“ ...

„Waffen? bist Du dessen gewiß?“ fragte Adrian bringend. „Nein, dann ist unter diesen Plänen mehr verborgen, als ich mir dachte!“ Aber,“ sagte er dann mit beruhigender Stimme hinzu, da er bemerkte, wie ängstlich Irene ihn beobachtete, „aber geschehe, was da wolle, glaube mir, meine süße Liebe, daß, so lange ich lebe, Dein Bruder durch die Wuth, die er gegen sich ausruft, nicht leiden soll, noch daß ich, wäre er auch unsexer alter Freundschaft nicht eingedenk, Dich weniger lieben werde.“ ...

Verlustsaldo abschloß, und daß es dem Aufsichtsrathe und den Direktoren Lantönen bezahlte, während sie von Rechts wegen den Aktionären für ihr kopfloses und leichtsinniges Gebahren zu Ersatz des ihnen verursachten Verlustes verpflichtet wären. So hat die Direktion im letzten Jahre an die 5 Geschäftsinhaber 1 892 981 M. Lantönen bezahlt, wovon Herr Geheimrath Hansmann für seine Person mit ca. einem Drittel partizipieren soll. Dieser „verdienteste und hochangesehene“ Bürger Berlins und österreichisch-ungarische Generalkonsul, diese Gestalt, „inorrig und unbeugsam wie die alten Steineichen“, findet, es sei „würdig und ehrenvoll“, ca. 890 000 M. in einem einzigen Jahre aus den Taschen der Aktionäre in die unergründlichen eigenen Kassen zu überführen. Und der Staatsanwalt, werden manche unserer Leser anrufen, sieht diesem Treiben ruhig zu? Habet Nachsicht; erwidern wir denselben, mit diesem vielgeplagten Beamten, die bösen Sozi machen ihm das Leben ohnehin so schwer. Wieviel Anklagen wegen unbefugter Veranstaltung öffentlicher Kollektion, wegen Verurtheilungen, wegen Majestätsbeleidigungen mußte er erheben, welchen Scharfsinn mußte er anwenden, um insbesondere letztere in Neuerungen zu finden, in welchen der gemeine Menschenverstand trotz aller Mühe nichts zu entdecken vermochte. Sobald er diese Untergräber der gesellschaftlichen Ordnung unschädlich gemacht haben wird, wird er, daran zweifeln wir nicht, das Treiben der Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft durch die Lupe des Gesetzes betrachten und die Verletzung des letzteren, wenn erst festgestellt, empfindlich ahnden. Daß Hansmann dem Fürsten Bismarck, in darfbarer Verehrung auch nach 1890 „ungethan geblieben“, wird niemand Wunder nehmen, der die schöne Seele des letzteren kennt, haben sich doch beide als „Bahnbrecher für die Bedürfnisse der Zeit“ erwiesen. Wenn auch über das Verdienst, das sie sich bei dieser Thätigkeit erworben, die Meinungen getheilt sind, differiren letztere viel weniger über den Verdienst, den sie sich hierbei erworben. Derjenige des Herrn v. Hansmann — wird nach unserer Ansicht zu niedrig — mit 60 Millionen Mark, also ungefähr in der Höhe des Verlustes der Aktionäre der Dortmunder Union beziffert. Gleich dem Berechnen hat der Berechnete sein Herz niemals mit großen Werken der Humanität beschwert, vergebens wird man nach erheblichen Zuwendungen des letzteren an gemeinnützige und wohlthätige Stiftungen suchen; dagegen soll er auf seiner Bestimmung auf der Insel Hügen eine eigene Kapelle sich errichten haben, in der er gelegentlich vor Gott dem HERRN seine Gebete verrichtet.

Internationaler Arbeiter- und Gewerkschaftskongress.

London, 28. Juli 1896.

Zweite Sitzung.

Für die heutige Sitzung hat das Geschäftsordnungs-Komitee die nötigen Vorbereitungen zur Verhütung von Unstimmigkeiten und zur Sicherung einer ruhigen Debatte getroffen: bis zur Erledigung der streitigen Geschäftsordnung sind die Gallerien für das Publikum geschlossen; damit ist die Absicht der Anarchisten vereitelt, von den Gallerien aus zu „demonstrieren“. Für den Saal selber sind Ordner aufgestellt worden, um eine systematische Störung, wie sie gestern die anarchischen Holländer, Franzosen und Italiener unumgänglich ausgeübt hatten, für den Fall der Wiederholung unmöglich zu machen.

An stelle Corvey's, des gestrigen Präsidenten, von dem die „Justice“ heute nicht mit Unrecht urtheilt, er habe der nötigen Strenge den Störenfried gegenüber ermangelt, übernimmt heute Singer die Leitung des Kongresses. Die Streitfrage war bekanntlich die Abstimmung über Punkt 11 der Geschäftsordnung:

„Es wird kein Amendement und keine Diskussion zur Geschäftsordnung oder zur Tagesordnung später als am Montag zugelassen.“

Mit der Annahme dieses Punktes kommen all die zahllosen Unteranträge in Wegfall und außerdem ist damit die grundlegende Stellungnahme des Kongresses gegenüber den Anarchisten gegeben: Die Züricher Beschlüsse über die Zulassung treten definitiv in Kraft. Daher der Versuch, bei diesem Punkt die Kraftprobe vorzunehmen.

Um 1/2 11 Uhr wird die Sitzung von Singer eröffnet mit der Mittheilung, das Bureau sei der Meinung, wir seien zum Arbeiten hier; wir hätten weder Lust noch Zeit an unfruchtbaren Geschäftsordnungs-Debatten zu verschwenden oder an Diskussionen über Fragen, welche von den Arbeitern aller Länder bereits überall entschieden seien. Das Bureau werde keiner Polizeihilfe von außen bedürfen (wie gestern in einer etwas unglücklichen Wendung der Präsident angekündigt hatte), sondern durch Ordner im Saale ruhige Aussprache sichern. Um jeden Anschein einer Vergewaltigung irgend einer Gruppe zu vermeiden, schlage das Bureau vor, sofort in die Diskussion des Punkt 11 der Tagesordnung einzutreten, zwei Redner für und zwei gegen mit je 10 Minuten Redezeit das Wort zu erhalten und dann zur Abstimmung zu schreiben (mit der selbstverständlichen Abänderung, daß statt Montag es heißen müsse: nach der Abstimmung).

Nachdem einstimmig tritt der Kongress diesem Vorschlag bei. Hierauf nimmt der Vizepräsident Keit Har die (der frühere Bergarbeiter-Abgeordnete und jetzige Herausgeber des „Labour Leader“ und Leiter der Unabhängigen Arbeiterpartei) das Wort, um zur Toleranz zu mahnen auch jenen Gruppen gegenüber, die zur Frage der parlamentarischen Aktion eine andere Stellung einnehmen.

Jaurès (französischer Abgeordneter für Carmaux): Wir alle sind vom Geist der Toleranz und Brüderlichkeit erfüllt, aber gerade deshalb müssen wir den Züricher Beschlüsse in seinen wesentlichen Theilen aufrechterhalten und die Nothwendigkeit der politischen Aktion betonen. Wenn wir die kapitalistische Gesellschaft umwandeln wollen in die sozialistische, so brauchen wir dazu die politische Macht, die Macht des Staates, und deshalb müssen wir sie erkämpfen, sie für die Arbeiterklasse erobern. Wenn wir für die politische Aktion eintreten, so sehen wir damit die Bedeutung des gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Kampfes nicht heruntersetzen. Redner weist auf die Bedeutung der Gewerkschaft zur Wahrung der Tagesinteressen hin, auf die Kämpfe für Löhne, Arbeitszeit u. s. w.; auf die Bedeutung in Bezug auf Wahrung der Talente, Erziehung und Schulung der Massen. Ohne politischen Kampf ist aber der gewerkschaftliche Kampf oft geradezu unmöglich, das haben die französischen Arbeiter in der jüngsten Zeit nur zu bitter erfahren müssen. Die Bourgeois haben die politische Macht dazu benützt, die gewerkschaftlichen Kämpfe unmöglich zu machen, die gewerkschaftliche Organisation lahm zu legen. Nicht verzichten sollen die Arbeiter auf die politische Macht, sondern den Parlamentarismus aus einem Werkzeug der Prellerei zu einem Werkzeug der Befreiung der Arbeiterklasse machen.

Tom Mann (Sekretär der Unabhängigen Arbeiterpartei) spricht gegen Punkt 11. Er selber sei kein Anarchist, sondern Kollektivist, aber er wünsche engste Verbindung mit allen Kämpfern für soziale Reformen und soziale Befreiung. Er appellirt insbesondere an die Gewerkschaften; sie sollen sich erinnern, mit welchen Mitteln ihre Väter haben kämpfen müssen, nur um den Boden für ihre Arbeit, ihre Agitation sich zu erobern. Er erinnere sich noch lebhaft der Zeit, als sie klein und schwach waren, wie sie da von den alten großen Parteien verkleumdet, beschimpft, gehetzt worden seien — dieses Beispiel sollen wir nicht nachahmen. Er wolle nicht glauben, daß es hier Anarchisten gebe, die bloß gekommen seien, um zu stören (Widerspruch), aber auch dann wären wir stark genug, Ruhe zu erzwingen. Der Kongress soll sich auf einen höheren, edleren Standpunkt stellen; er soll niemand seiner Meinung wegen zurückstoßen! Freier Raum für jede Meinung!

Syndman (der geistige Leiter der Sozialdemokratischen Federation, jener Organisation, die in Zank und Grundfragen sich mit der deutschen Sozialdemokratie ziemlich deckt): Er könne über die Züricher Resolution ein unparteiisches Urtheil abgeben, er sei nicht dabei gewesen, aber er halte die Aufrechterhaltung dieses Beschlusses für absolut notwendig und in überwiegender Mehrheit theile die englische Delegation diese Auffassung. Wir sind nicht hier, um Theorien zu diskutieren, sondern um zu arbeiten. Gegen Tom Mann meint er, allerdings seien die Gewerkschaften eingeladen, aber auch die Sozialisten, nicht aber die Anarchisten, die in jeder Beziehung zu den Sozialisten in grundsätzlichen Gegensätzen stehen. Die Anarchisten seien auch keine Gewerkschaftler; wo sie Zutritt zu diesen verlangen, sei es nur, um sie zu ruinieren. Man spreche von Toleranz, gewiß, hier, wo die Anarchisten in Minderheit seien, wollen sie angeblich diskutieren. Aber in Paris habe Merlino seinerzeit ganz offen erklärt, die Anarchisten seien nur gekommen, um diese Milch- und Wasserpolitik der Sozialdemokraten unmöglich zu machen. Und Ordnung und Toleranz! Gestern habe man es gesehen, wie es damit bei den Anarchisten aussehe! Gestern hätten sie alles gethan, um diesen Kongress und seine Arbeiten zu föhren! Und so sei es überall und immer! Niemals habe selbst das elendeste Bourgeoisblatt die Sozialisten je so niederträchtig und schamlos belächelt und verleumdet als die anarchische Presse. Und von der Würde solle man ganz schweigen. Wo sei gestern diese Würde geblieben, als die Anarchisten den würdelosen Versuch gemacht, zum Gaudium der Feinde der Arbeiterklasse diesen Kongress durch ihr Benehmen zu entehren! Und mit solchen Elementen soll man diskutieren! Nein, deshalb habe auch die englische Delegation mit 228/104 Stimmen sich ausgesprochen für die Zurückweisung der Anarchisten, die nicht um zu arbeiten, sondern um zu standhaften gekommen seien.

Nieuwenhuis (Holland) wendet sich in breiter und ausführlicher Weise gegen die Züricher Resolution, die so zweideutig gewesen, daß sie sofort wieder eine Erklärung notwendig gemacht habe. Wenn Syndman die Anarchisten beschuldigt habe, die Verhandlungen stören zu wollen, so habe er höchstens damit seine Angst verrathen, es könnte das Konzil der marxistischen Kirchenväter gestört werden. Mit Annahme der Züricher Resolution sei jede Meinungs- und Bewegungsfreiheit aufgehoben; das geschehe in der Praxis freilich schon längst; die spanische Delegation habe das Mandat einer Eisenbahnarbeiter-Gewerkschaft lastet, bloß weil der Delegirte ein Anarchist; ebenso die Deutschen das Mandat einer Konsumgenossenschaft. Politische Aktion und parlamentarische Aktion sei nicht gleichbedeutend, über die erste könne man getheilter Meinung sein, letztere werde von den Anarchisten belächelt, die, insofern sie kommunistische Anarchisten seien, auch als Sozialisten gelten wollen, ob denn Reclus, Kropotkin nicht Sozialisten seien. Dann könne man auch von Liebknecht behaupten, er sei kein Sozialist. Keine Fraktion habe das Recht, den Sozialismus zu monopolisiren — andernfalls solle man doch bloß von einem Kongress der parlamentarischen Sozialisten sprechen.

Damit ist die Diskussion geschlossen. In der Abstimmung stimmen die Delegirten nach Nationen ab. Es stimmen für den Punkt 11, d. h. die Züricher Resolution und damit den Ausschluß der Anarchisten 18 Nationen, dagegen 2, 1 Stimmenthaltung (Italien). Dafür sind Deutschland (einstimmig), England (228 gegen 104), Belgien (einstimmig), Amerika, Australien, Schweiz, Rumänien, Serbien (fehlt), Bulgarien, Rußland, Polen, Oesterreich, Böhmen, Ungarn, Dänemark, Norwegen, Schweden, Spanien und Portugal, dagegen sind Frankreich (mit 57 Stimmen gegen 56) und Holland (mit 9 gegen 5 Stimmen), Italien enthält sich der Abstimmung, weil gleich viel Stimmen für und gleich viel dagegen abgegeben sind.

Nach Verlesung einer Reihe von Zustimmungsdressen fragt Cornelissen (Holland) an, wie es mit der Zulassung der antiparlamentarischen Kommunisten stehe. Diese Frage wird der Mandats-Prüfungskommission überwiesen, unbestrittene Aufassung des Kongresses sei, daß Mandate der Gewerkschaften von der Abstimmung unberührt bleiben.

Um 1/4 1 Uhr verläßt sich der Kongress bis auf 3 Uhr nachmittags.

Dritte Sitzung.

Um 8 Uhr eröffnet Singer die Sitzung mit dem Vorschlage des Bureaus, nach Prüfung der Mandate die Sitzung zu verlagern bis morgen Nachmittag 2 Uhr, um den verschiedenen Kommissionen Zeit zu geben, ihre Arbeiten zum Abschluß zu bringen und so den Kongress in die Lage zu setzen, endlich an die Erledigung der Tagesordnung zu gehen, nachdem zwei volle Tage der Geschäftsordnungs-Berathung und der Mandatsprüfung geopfert worden seien.

Nach Erledigung einer Anzahl geschäftlicher Angelegenheiten beginnt die Prüfung der Mandate. Klara Zellin berichtet über die deutsche Delegation. 46 Mandate, in öffentlichen politischen oder gewerkschaftlichen Versammlungen erteilt, wurden ohne weiteres für gültig erklärt; 6 anarchische Mandate lastet, weil sie nach Auffassung der deutschen Delegation im Widerspruch mit den Zulassungsbestimmungen seien. Dieselben geben genügenden Spielraum für alle Meinungen, die in Bezug auf das Ziel übereinstimmen. Wenn die Anarchisten heute plötzlich die politische Aktion anerkennen, so ist das, als wenn man sagt, ihr dürft Waffen tragen, aber ihr dürft sie nicht gebrauchen.

Landauer-Berlin protestirt gegen diesen Beschluß der Deutschen erklärt die Anarchisten für Sozialisten, sie wollten ebenfalls Abschaffung des Privateigentums und geht des längeren auf die Geschichte und Bedeutung der Züricher Resolution ein mit Argumenten, die bereits am Morgen wiederholt vorgebracht worden.

Fischer-Berlin ist der Meinung, der Kongress werde hoffentlich nicht jetzt abermals die Frage aufstellen lassen, die durch die Abstimmung am Vormittag bereits entschieden worden sei. Die Situation sei klar; die Anarchisten sind nicht eingeladen; der Kongress hat außerdem jetzt noch ausdrücklich erklärt: wir wollen mit den Anarchisten uns nicht in userlose Diskussionen über ihre Theorien einlassen; wir haben nichts Gemeinsames mit den Anarchisten. Nach solch' deutlicher Stellungnahme, nach solch' ausdrücklicher Erklärung: der Kongress will mit Euch Anarchisten nichts zu thun haben, sollte auch für sie die Frage des Zutritts eine Frage des politischen Ehrgefühl's sein.

Die Diskussion wird geschlossen, da nur je ein Redner für und gegen sprechen soll. Mit Ausnahme eines Theils der Holländer und Franzosen stimmt der Kongress dem Antrag der deutschen Delegation zu.

Landauer will nochmals reden, seine anarchischen Freunde schreiben dazwischen und föhren die folgende Debatte, bis der Vorsitzende ihnen unter dem Beifall des Kongresses die Ausweisung durch die Ordner androht.

Pete Curran (Gasarbeiter-London) berichtet über England; im ganzen 475 gültige Mandate: 155 Gewerkschaften, 120 Sozialdemokratische Federation, 115 Unabhängige Arbeiter, 22 Fabrikergesellschaft, 5 einzelne sozialistische Gesellschaften, 3 Arbeiterkirche, 18 Parlamentarisches und 12 Organisationskomitee. Nur 1 Mandat sei für ungültig erklärt worden.

Belgien hat 24 Delegirte der Arbeiterpartei gewählt, von denen 19 anwesend sind.

Aus Amerika sind 6 Delegirte anwesend: je 1 für die Sozialistische Arbeiterpartei, Allgemeiner Gewerkschaftsbund, Kalifornischer Gewerkschaftsbund, Arbeiterbund Washington, Bierbrauer und selbständiger Viehhändler. Letzteres Mandat wird bestritten, vom Kongress aber für gültig erklärt.

Für die Schweiz führt Greulich an, daß 12 Delegirte vertreten den: Grütliverein (14 000 Mitglieder), Sozialdemokratische Partei (5000), Gewerkschaftsbund (10 000), Uhrmacher (3000), Buchdrucker (1500), Eisenbahnangestellte (16 000), Metallarbeiter (2500), Schneider (800). Ein Mandat aus Zürich mußte, weil

anarchistisch, für ungültig erklärt werden, ebenso ein solches aus Genf, trotz Widerspruch der betreffenden „Delegirten“ Auger-Genf und Sautleben-Bürch, von denen namentlich letzterer den anarchischen Charakter abzuschwächen versucht.

Rumänien sendet 1 Delegirten. Bulgarien zählt 4 Delegirte, die aus 84 Orten von Arbeiter-Organisationen Mandate haben.

Aus Rußland sind nach dem Berichte Plechanow's 8 Delegirte anwesend, von denen 6 die sozialdemokratische Arbeiterpartei vertreten, auch verschiedene Arbeiter-Organisationen in Rußland seien vertreten, darunter auch die Petersburger Arbeiter, die jüngst den Diesentamp aufgenommen gegen die juristische Unterdrückung und die kapitalistische Ausbeutung. Ein Mandat habe für ungültig erklärt werden müssen, weil es nicht von einer Arbeiterorganisation aufgestellt sei, sondern nur von einer Gruppe junger ideologischer Studenten in Bern, die zwar ein Blatt: „Der Arbeiter“ herausgeben, hinter dem jedoch keine Arbeiter ständen. Das schaffe unter Umständen schlimme Konsequenzen. Der Kongress stimmt dem Antrag der russischen Delegation zu.

Aus Frankreich sind 128 Delegirte anwesend, von denen nur 120 Mandate haben, trotzdem sollen alle 128 Delegirte Zutritt erhalten. Jaurès erklärt dies daher, daß einzelne Abgeordnete einfach ihr Mandat als Legitimation ansahen. Mit Gewerkschaftsmandaten hätten sich die Anarchisten aller Schattierungen in die französische Delegation eingeschlichen.

Der Schluß des Berichts über die dritte Sitzung ist uns bei Schluß der Redaktion noch nicht zugegangen.

London, 29. Juli (Privatdepesche des Vorwärts). Syndman referirt über die Mandatsprüfung, er tabelt das langsame Arbeiten und die mangelhafte Organisation derselben. Geprüft sind die Mandate von 14 Polen, 7 Oesterreichern, 1 Czechen, 1 Ungarn, 1 Kroaten, 7 Dänen, 2 Schweden, 12 Italienern, 6 Spaniern, und 1 Portugiesen, 15 Holländern. Die Mandate von Nieuwenhuis und seinen Anhängern wurden als Mandate von antiparlamentarischen Sozialisten anerkannt. Die Minorität der französischen Delegation — 47 Delegirte — verlangt Anerkennung der Trennung von ihrer Sektion, die unter anarchischer Flagge marschirt, sie wollen nicht die Verantwortung für deren Haltung und Beschlüsse tragen, sie verlangen Vertretung in den Kommissionen, da sie sonst an den Verhandlungen nicht theilnehmen können. Millerand soll diese Forderung begründen. Er wird aber durch große Unruhe der Anarchisten, die trotz Aberkennung der Mandate noch immer im Saale sind, gestört. Der Fabier Shaw tritt Millerand entgegen. Singer appellirt an die Gerechtigkeit und Ehre der Kongreßtheilnehmer. Shaw beharrt auf seinem Standpunkt. Hierauf spricht Millerand nochmals unter großem Beifall.

London, 28. Juli.

Die Franzosen haben gestern in ihrer Delegation mit 57 gegen 56 Stimmen gegen die Resolution betr. die Nichtzulassung der Anarchisten sich entschieden. Darauf wollte die Minorität sofort den Kongress verlassen — sie hat nach reichlicher Ueberzeugung entschieden zu bleiben und das folgende Manifest erlassen:

Genossen! In der gestrigen Sitzung der französischen Delegation zum internationalen Kongress hat der Sozialismus eine Schlappe erlitten. 57 Stimmen gegen 56, eine Koalition von Konservativen, wie der Buchdrucker Meister, mit Anarchisten wie Malatesta hat sich dafür entschieden, daß das Proletariat der politischen Aktion sich enthalten könne und solle. Das wäre die Abdankung des sozialistischen Frankreichs, ein Selbstmord der Arbeiterklasse und deshalb müssen wir das reaktionäre Mandat der Majorität und die Gefahr, die daraus erwachsen kann, klar stellen.

Wir haben nie einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir energische Anhänger der gewerkschaftlichen Aktion sind, wir sind davon überzeugt, daß die Arbeiter sich gewerkschaftlich zusammenschließen müssen, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten, und so oft die kapitalistische Ordnung Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern heraufbeschworen hat, haben wir unsere Pflicht gethan.

Aber wenn die Arbeiter darauf verzichten, die politische Macht zu erringen, wenn sie der Bourgeoisie das gouvernementale Schicksal nicht entreißen, womit sie ihre ökonomischen Privilegien beschützen, wenn sie die Bourgeoisie nicht politisch expropriiren, wenn sie nachher auch ökonomisch expropriiren zu können, dann werden sie immer ohnmächtig bleiben und der Macht ihrer Herren sich nicht entwinden können. Daß die Regierungslente die Proletarier von der politischen Aktion ablenken, das ist begreiflich; begreiflich ist es auch, daß die Anarchisten unter Beihilfe einiger Nutz-Gewerkschaftler bedacht sind, den Sozialismus zu desorganisiren und das Proletariat in die vollste Verwirrung zurückzuwerfen.

Wir müßten uns aber für Mitschuldige halten, wenn wir durch unser Stillschweigen auch nur einen Augenblick den Glauben aufkommen ließen, daß wir diese Entwaffnung des arbeitenden Frankreichs, diese Verkümmelung des sozialistischen und revolutionären Frankreichs zulassen wollten.

Dies der Grund, weshalb wir aus der französischen Sektion ausgetreten sind und weshalb wir mit der Scheinmehrheit brechen, wie wir morgen auch aus dem internationalen Kongresse ausscheiden werden, wenn, was wir freilich für unmöglich halten, er die politische Aktion nicht für nötig erklären und so den Sozialismus seinen Todfeinden ausliefern würde.

Politische Ueberacht.

Berlin, 29. Juli.

Das Oberverwaltungsgericht in Berlin hat die Hoffnungen nicht enttäuscht, welche die Stumm-, Patrioten auf seine Weisheit gesetzt haben. Es hat in der Kolberger Strandschloß-Affäre als letzte Instanz die Hergabe des „Strandschloßes“ zu einer sozialdemokratischen Versammlung durch den Bürgermeister als einen staatsgefährlichen Akt verurtheilt. Der Bürgermeister von Kolberg war, wie erinnerlich, vom Regierungspräsidenten mit einer Strafe in Höhe von 90 M. belegt und auf seine beim Oberpräsidenten dagegen erhobene Beschwerde kostempfindlich abgewiesen worden. Das Oberverwaltungsgericht in Berlin, bei dem der Bürgermeister gegen den Oberpräsidenten eine Klage anstellte, hat nunmehr zu ungunsten des ersteren erkannt, indem es die Maßnahmen der Regierungsorgane bestätigte. In der Begründung des Urtheils wird gesagt:

„Wie der unterzeichnete Gerichtshof mehrfach ausgesprochen hat, verhalten die Beamten, auch die mittelbaren, die Pflichten ihres Amtes, wenn sie die Bestrebungen einer politischen Partei, welche die Grundlagen der bestehenden Rechts- und Staatsordnung grundsätzlich bekämpft, bemußt unterstützen oder fördern. Geschieht dies von seiten eines Beamten, so zeigt sich dieser zugleich des Vertrauens in eine den Aufgaben seines Amtes entsprechende Führung desselben unwürdig.“

Wir hatten nichts anderes erwartet. Wir finden aber auch in dem Erkenntniß über unser Erwarten hinaus noch eine treffliche Illustration zu der Frage, was einen Beamten in Deutschland seines Amtes unwürdig macht. Nach Gerichtskenntnis ist der Kolberger Bürgermeister für ein deutsches Amt unwürdiger als der Assessor Weßhan. Damit sind

wir zufrieden. Auch das Oberverwaltungsgericht in Berlin arbeitet für uns. —

Vollständig lindsay in ihrem Sozialdemokratenhah wird allmählich die „Post“, das Organ der Berliner Anarchisten und König Stummis. Sie läßt sich durch das Strandloos-Urtheil des Oberverwaltungsgerichts zu folgendem anstellen:

„Eine Frage aber wirft sich angesichts des Urtheiles des Ober-Verwaltungsgerichts von selbst auf: wie ist es mit dem Grundgedanken desselben und mit der Staatseinheit vereinbar, daß ein aktiv an der sozialdemokratischen Agitation beteiligter Mann noch ein Lehramt an einer künftigen Universität bekleidet, und daß eine Einrichtung, wie die Reichskommission für Arbeiterstatistik, beibehalten wird, bei der die autoritative Mitwirkung eines Sozialdemokraten in dem Staatsorganismus nicht zu vermeiden ist?“

Wir wollen indeß durchaus nicht gut dafür sagen, daß dieser Mißbrauch lindsay'sches Hasses nicht über kurz oder lang anderen Leuten zu einer ernst zu nehmenden Attacke auf die Reichskommission für Arbeiterstatistik den Anstoß giebt. Heute ist alles möglich! Aber weshalb denn halt machen bei der Reichskommission für Arbeiterstatistik? Da sind noch der Reichstag, so und so viele Landtage und Stadtverordnetenversammlungen, bei denen die autoritative Mitwirkung der Sozialdemokratie nicht zu vermeiden ist. Also weshalb kommt die „Post“ nicht völlig heraus mit der Sprache, daß auch diese Institutionen beseligt werden müssen? Die Stumm-Bedienten schämen sich doch nicht etwa? Das wäre denn doch neu! —

Mit Mittheilungen über die Schandthaten Schröders ist jetzt die Presse gefüllt, so daß es im höchsten Maße auffallend sein dürfte, wenn man im hiesigen Kolonial-ante gar nichts von dem Auftreten dieses Ehrenmannes gewußt haben sollte. Dies wäre fast ebenso bedauerlich für unsere Verwaltung als der entgegengegesetzte Fall, daß man die Thaten des Schröder gekannt habe, aber aus unerklärlichen Gründen gegen ihn nicht vorgegangen sei.

Der Jameson'sche Raubzug nach dem Transvaal hat, wenn auch spät, in England seine gesetzliche Sühne erhalten durch das Schwurgerichts-Urtheil, das Jameson und drei andere Truppenführer zu 5 bis 15 Monaten Gefängnis verurtheilte. Das Urtheil ist milde, wenn man es mit den Urtheilen in kontinentalen Staaten vergleicht, in denen selbst Dinge, die in England garnicht bestraft werden können, z. B. eine scharfe Kritik staatlicher Einrichtungen und beamteter Personen, bereits mit Strafen heimgejagt werden, die manchmal über das Strafmaß hinausgehen, das Jameson selbst für seinen frevelhaften Zug zu theil geworden ist. Doch auf die Höhe der Strafe kommt es nicht an. Es genügt vollkommen, daß ein englisches Gericht Verurtheilung des Raubzuges ausgesprochen hat. Aus dem Resümee des Lord-Oberrichters ist folgendes hervorzuheben:

Gegenüber der Behauptung, daß die Expedition nicht auf den Umsturz der Regierung von Transvaal abgezielt hätte, machte er geltend, daß Jameson mit dem Einfall eine Verletzung der in Transvaal geltenden Gesetze im Interesse anderer Personen gewaltsam herbeizuführen gesucht habe, daß die Expedition somit gegen einen besondern Staat gerichtet gewesen sei. Betreffs des Briefes des Reformausschusses an Jameson führte der Lord-Oberrichter aus, der Brief hätte sich auf eine politische Schwierigkeit bezogen, in welcher der Ausschuss eine politische Ungerechtigkeit erblickt hätte, nämlich die, daß die Umländer des gerechten Urtheils an der Gesetzgebung des adoptirten Landes beraubt würden. Die Jury müsse erwägen, warum der Reformausschuss sich nicht lieber an den Vertreter der Königin in Kapstadt oder Pretoria oder direkt an das Kolonialamt als an den Verwalter einer Handelsgesellschaft gewandt habe.

Der Hauptschuldige, der im Hinterhalt den ganzen Ueberfall angezettelt hat, Herr Cecil Rhodes, harret indeß noch immer seines Richters. Die englische Regierung hat bisher keine Schritte gethan, um ihn zu belangen. Dagegen hat er selbst es für gerathen gehalten, einer etwaigen Vorladung zuvorkommen. Aus London wird nämlich gemeldet:

Mit Rücksicht auf den Ausgang des Jameson-Prozesses hat der Anwalt der Chartered-Company, Hawksley, dem Anwalt beim Schahante brieflich mitgetheilt, daß Cecil Rhodes bereit sei, nach London zu kommen und sich selbst der Regierung zur Verfügung zu stellen, falls seine gerichtliche Verfolgung gewünscht würde.

Die englische Regierung wird schwerlich noch zögern können, eine solche Vorladung ergehen zu lassen. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Kaiserbeleidigung war Genosse Wagemann vom „Saalf. Volksbl.“ zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Das Reichsgericht hat jetzt das Urtheil aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht zurückgewiesen. — Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Stettin der Reisende James Groß aus Berlin verhaftet.

Deutsches Reich.

— Ein schwerer Unglücksfall hat unsere Kriegsstotte getroffen:

Nach einem Telegramm aus Tschifu ist während eines Laifuns am 23. Juli das Kanonenboot „Jlitz“ zehn Meilen nördlich Southast Promontory untergegangen. Zehn Mann der Besatzung sind gerettet, alle übrigen, einschließlich der Offiziere, umgekommen. —

Eine weitere Depesche meldet: Das Kanonenboot „Jlitz“ strandete am 23. Juli abends 9 Meilen von Schantung-Bres. Das Schiff ist verloren. Die ums Leben gekommenen Offiziere sind: Der Kommandant Kapitänleutnant Braun, der erste Offizier Lieutenant z. S. von Goldbach, die Lieutenants z. S. Fraustädter und Proffe, Assistenzarzt I. Kl. Dr. Hildebrandt und Obermaschinist Hill. Zahlmeister Loß befand sich zur Zeit in Tschifu. Folgende Mannschaften sind gerettet: Moskochner, Westpunkt, Friebe, Kühl, Habel, Kiel, Zimmerling, Langenberg, Voigt, Maynarth, Osbrink, Labe. Die letzten vier Namen stehen in ihrer Schreibweise noch nicht genau fest.

Der Bau des Kanonenbootes wurde im Jahre 1879 beendet; nachdem es einige Probefahrten gemacht hatte, wurde es im Jahre 1880 in die ostasiatischen Gewässer entsandt, wo es mit einer kurzen Unterbrechung bis zu seinem Untergange verblieb. Im chinesisch-japanischen Kriege hatte es die Aufgabe, die Deutschen zu schützen und mußte anlässlich des Angriffs meuternder Chinesen auf ein deutsches Schiff gegen ein chinesisches Boot auf Formosa von seinen Kanonen Gebrauch machen.

Die gegenwärtige Besatzung (Mannschaft) des „Jlitz“ hat Deutschland am 26. März 1895 verlassen und würde im Juni 1897 in die Heimath zurückgeführt sein.

Der Kommandant hat erst in diesem Frühjahr das Kommando übernommen, die übrigen Offiziere sind im Laufe des Jahres 1895 hinausgegangen.

Von der Gewalt des Sturmes, der dem „Jlitz“ den Untergang bereitete, wird man eine Vorstellung erhalten, wenn man sich vor Augen hält, daß das Schiff ein Displacement (Raumgehalt) von 489 Tonnen hatte und über eine Dampfstraß von 340 Pferdekraften verfügte. Das Schiff war 42,4 Meter lang, seine größte Breite betrug 7,6 und sein Tiefgang 2,9 Meter. Auf der ostasiatischen Station befanden sich früher die beiden Kanonenboote „Wolf“ und „Jlitz“; „Wolf“ ist zurückberufen und zur Zeit auf der Werft in Danzig einer Reparatur unterworfen; nach Beendigung derselben sollte es wieder nach Ostasien gehen; für diesen Zeitpunkt war dann die Rückbeorderung des „Jlitz“ in die Heimath ins Auge gefaßt. —

— Der Maximal-Arbeitsstag im Bäckergewerbe bildet den hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstand der Generalversammlung des Zentralverbandes der Bäckervereinigungen Deutschlands, die 17. und 18. August in Breslau abgehalten wird. —

— Begnadigung von Schuldeuten. Aus München-Gladbach wird unterm 28. Juli gemeldet: Die früheren Schuldeute Buchem und Moch von hier waren von der Strafammer in Düsseldorf wegen Körperverletzung im Amte zu je fünf Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Diese Strafen sind auf dem Gnadenwege in Geldstrafen von fünfzig Mark umgewandelt worden. —

— Nicht-sächsisches aus Sachsen. Das Zwickauer Landgericht hat den nicht sozialdemokratischen Redakteur Rämmerich in Treuen, der wegen Beleidigung des dortigen Stadtraths angeklagt war, freigesprochen, da das Gericht der Ansicht war, daß der Angeklagte als Steuerzahler der Einwohner und als Redakteur berechtigt gewesen sei, Römische in der städtischen Verwaltung zu besprechen und zu kritisieren. — Wir sind begierig ob in Prozessen gegen unsere Parteigenossen diese sehr vernünftige Auffassung auch zur Geltung kommen wird. —

— Die oldenburger Landtagswahlen sind auf den 15. Oktober festgesetzt worden; vom 24. bis 27. September finden die Wahlen von Wählmännern statt. —

— Zur Nachwahl in Mainz. Genosse Joest veröffentlicht an der Spitze der „Mainzer Volks-Zeitung“ folgende Erklärung:

An meine Wähler!
Am 6. Mai 1893 der deutsche Reichstag wegen Ablehnung der Militärvorlage aufgelöst wurde, erklärte ich in einer an demselben Tage stattgehabten Fraktionsführung, daß es meine Zeit nicht erlaube, nochmals ein Mandat für den deutschen Reichstag anzunehmen. Dieses Vorhaben wurde jedoch mit dem Bemerkten bekämpft, daß jeder auf seinem Posten bleiben müsse und jede Fraktion habe Mitglieder, die nur selten an den Sitzungen des Reichstages teilnehmen könnten. Ich entschloß mich nunmehr, und nachdem auch die Mainzer sich auf diesen Standpunkt stellten, zur Annahme der Kandidatur. Ein Jahr nach meiner Wiederwahl erkrankte meine Frau, die mir im Geschäfte eine unersehliche Stütze war; diese Erkrankung endigte mit dem herben Verlust, der mich treffen konnte, und bin ich seit dem Tode meiner Frau in allen geschäftlichen Dingen, die ich nicht selbst erledigen kann, auf fremde Hilfe angewiesen. Ich sehe mich nunmehr veranlaßt, meine schon seit Monaten meinen Parteigenossen kundgegebene Absicht, sämtliche mir übertragenen Mandate niederzulegen, zur Ausführung zu bringen.

Indem ich meinen Wählern für das mir geschenkte Vertrauen danke, theile ich denselben mit, daß mit dem Erscheinen dieser meiner Erklärung auch den amtlichen Stellen die nöthige Mittheilung geworden ist.

In Anschluß hieran erläßt der Parteivorstand Mainz folgende Aufforderung:

Parteigenossen!
Die oben begründete Mandatsniederlegung unseres langjährigen Vorkämpfers wird einen heißen Wahlkampf hervorrufen. Außer den ohnehin fälligen Neuwahlen zum hiesigen Landtag wird eine Reichstags-Ersatzwahl für den Wahlkreis Mainz-Oppenheim stattzufinden haben. Daß dabei von vorherein alle Kräfte angespannt werden müssen, um unserer guten Sache zum Siege zu verhelfen, darüber müssen sich alle klar sein. Die Gegner werden alles anstreben, um uns das 1890 ruhmvoll eroberte Mandat zu entreißen.

Auf denn, Ihr Gesinnungsgenossen in Stadt und Land, tretet ein für Euer höchstes politisches und menschliches Interesse! Helft alle, alle mit, die Ihr es ehrlich meint mit dem Recht und der Freiheit, mit dem Glück und dem Fortschritt des Volkes!

Thue jeder Einzelne seine Pflicht!
Hoch die Sozialdemokratie!
Der Parteivorstand Mainz.

Schweiz.

— Die Unruhen in Zürich nehmen einen bedenklichen Charakter an. Heute liegen aus Zürich folgende Depeschen vor:

Gestern Abend von 8 bis 11 Uhr fand ein gewaltiger Tumult im Aubenquartier Wiedikon statt. Ein von 70 Italienern bewohntes Haus wurde vollständig ausgeplündert, eine italienische Wirtschaft gänzlich demolirt. Die Polizei wurde mehrfach verstärkt und mußte von ihren Revolvern Gebrauch machen. Es fanden zahlreiche Verletzungen statt, ein Bürger wurde tödtlich verwundet. Die ersten Schüsse wurden vom Publikum abgegeben. Auf dem Kasernenplatz sammelte sich gleichzeitig eine große Menge und es entstand ein unbefriedigender Lärm. Zwei Fenster der Kaserne wurden eingeworfen. Das Militär nahm viele Verhaftungen vor. Augenblicklich herrscht Ruhe.

Der Regierungsrath beschloß, die Züricher Infanteriebataillone 70 und 71, sowie Kavallerie sofort einzuberufen.

Aus Bern wird telegraphirt: Der italienische Gesandte hat, ohne wegen des Züricher Anfalls Reklamationen anzubringen, dem Bundesrath die Erwartung ausgesprochen, daß die Behörden der Schweiz die Italiener schützen werden.

Das italienische Generalkonsulat in Zürich suchte bei der Gesandtschaft in Bern um Instruktionen nach und verlangte bei den Behörden Schutz des Lebens und Eigenthums der Italiener. Die Behörden zeigten nach jeder Richtung Entgegenkommen. — Der Züricher Justizdirektor berichtete heute Nachmittag dem Bundesrath, die Ruhe sei in Ansehung wiederhergestellt, weitere Störung werde nicht erwartet. Der Bundesrath erwiderte, über das Züricher Rekruten-Bataillon könne nicht weiter verfügt werden, weil die Mannschaften zu kurze Zeit im Dienste sind; wenn weitere militärische Hilfe notwendig wäre, so solle die Züricher Regierung Kantonsstruppen aufstellen. — Nach einer Mittheilung der Stadtpolizei wurden heute die Verhafteten, etwa 80 an der Zahl, alle verhöört, 35 bis 40 derselben sind bereits in Freiheit gesetzt. Weitere Freilassungen werden abends erwartet. — Das Gericht von dem Tod eines Polizisten und Arbeiters wird für völlig unbegründet erklärt.

Nachmittags sammelten sich etwa 1500 Personen vor der Kaserne, in welcher die Gefangenen waren, an. Eine Kompanie Rekruten räumte den Platz. Mehrere Personen wurden dabei in die Sigh gestossen, ein Unglücksfall ist jedoch nicht vorgekommen.

Frankreich.

Paris, 28. Juli. (Eigener Bericht.) Ministerielle Lischreden gehören bekanntlich in Frankreich zum Regierungs-Gandwert. Herr Meline entledigt sich aber dieser Pflichten

mit einem seine Anhänger beunruhigenden Eifer. Jede weitere „große Rede“ läßt ihn und seine Politik kleinlicher und lächerlicher erscheinen. In seiner letzten Rede zu Saint-Diz verließ er sich zu dem originellen Gedanken, daß die parlamentarische Opposition nur dann Existenzberechtigung habe, wenn sie ihr eigenes Programm in die Tasche steckt, um an der Verwirklichung des Regierungsprogramms mitzuwirken. Andernfalls sei das Regieren unmöglich. Ferner plauderte der Ministerpräsident mit waldsprüchlicher Naivität den geheimen Gedanken der Bourgeoispartei aus, daß die Radikalen, geschweige denn die Sozialisten, nie und nimmer nach der Regierungsmacht streben dürften. Das Regieren sei eben das Monopol der Geldsack-Republicaner. — Die ministerielle Presse stimmt selbstverständlich dieser Auffassung rückhaltlos zu. Zugleich giebt sie aber dem naiven Redner deutlich zu verstehen, daß er, Meline, mit der Geldsackpartei nicht notwendig identisch sei. Vor allem, heißt es z. B. im „Temps“, müsse die Regierung auf die Rentensteuer verzichten, widrigenfalls würde ihre Existenz in Frage gestellt werden.

Calvignac, der willkürlich verhaftete Bürgermeister von Carmaux, wurde obendrein wegen Beleidigung seines Untergebenen, des Polizeikommissars, der ihn verhaftet hatte, vor das Toulouse'sche Gericht verwiesen. Die Prozessverhandlungen haben gestern begonnen. Es hat sich nun herausgestellt, daß die Verhandlung ein zwischen dem Präsidenten und Kommissar abgetretetes Spiel war. Der Vorsitzende ist derselbe Tendenzrichter, der kürzlich das Recht zu Gunsten Messurier's beugte. Das Verlangen des wüthenden Staatsanwalts, Carmaux endgültig von Calvignac zu „befreien“, dürfte also erfüllt werden.

Belgien.

— Die Provinzialwahlen haben auf Grund amtlicher Ermittlungen haben folgendes Ergebnis geliefert: Es waren 226 Provinzialräthe in 111 Wahlbezirken zu wählen. Ohne Wahlkampf wurden 98 Provinzialräthe und zwar 92 Liberale und 6 Liberale in 89 Wahlbezirken gewählt. Um die übrigen 228 Sitze wurde gestritten. Gewählt sind 163 Provinzialräthe und zwar 112 Liberale, 42 Liberale und 9 Sozialisten. Zur Stichwahl kommen 65 Sitze, um die sich 52 Liberale, 41 Liberale, 37 Sozialisten bewerben. Bemerkenswerth ist, daß die meisten Stichwahlen in den Provinzen Lüttich und Hennegau stattfanden, und zwar 31 in der Provinz Lüttich und 16 in Hennegau. Bis jetzt haben die Katholiken 6 Sitze, die Liberale 4 Sitze und die Sozialisten 2 Sitze gewonnen. Die Zusammensetzung von vier Provinzialräthen steht schon heute fest: Ostflandern: 78 Liberale, 15 Liberale, Westflandern: 73 Liberale, 3 Liberale, Limburg 44 Liberale und Luxemburg 83 Liberale, 11 Liberale. Bei den übrigen fünf Provinzialräthen entscheidet erst das Ergebnis der Stichwahlen über ihre Zusammensetzung. —

England.

London, 28. Juli. Einer Blättermeldung zufolge lehnte Lord Salisbury das Gesuch des Prinzen von Wales um Erhöhung der Einkünfte des letzteren ab.

Rußland.

— Erfolge in den Balkanstaaten. Nach in Petersburg vorliegenden Meldungen verlanbt, daß die russische Sprache vom nächsten Schuljahre ab in Montenegro, Serbien und Bulgarien als obligatorischer Lehrgegenstand eingeführt werden wird. —

Griechenland.

— Ein gemeinsames Vorgehen der Großmächte gegen die Regierung, welche die anständigen Bewegungen in der Türkei unterläßt, wenn sie dies auch offiziell ablehnt, soll bevorstehen.

Die Wiener „Politische Korrespondenz“ meldet aus Konstantinopel einige zuverlässige Daten über die Unterstützung der Russländischen auf Kreta seitens Griechenlands. Am 21. d. M. landete ein griechisches Schiff mit Freiwilligen bei Rhodolos, worauf an die Christen in den umliegenden Ortschaften Waffen und Munition vertheilt wurden. Am 23. d. M. landeten griechische Freischärler in San Nicos bei Ganea und griechische Segelschiffe mit Freiwilligen, Waffen und Munition für Kreta an anderen Stellen. Hieraus erhellt, daß griechischerseits eifrig auf die Weiterverbreitung des Aufstandes nach der bisher ruhigen Westhälfte der Insel hingearbeitet werde. Diese Vorgänge hätten auch Vorstellungen der Mächte bei der griechischen Regierung veranlaßt. —

Amerika.

— Ein wichtiges zollpolitisches Ereignis wird aus Mexiko gemeldet: Am 1. Juli ist ein Inzuz zur Konstitution der Republik Mexiko in kraft getreten, laut welchem die von den Einzelstaaten und Provinzen seither erhobenen Zölle fortan in Wegfall kommen. Die Wichtigkeit dieser Reform kann kaum überschätzt werden. Mexiko umfaßt ein Gebiet von 765 000 (englischen) Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von zwölf Millionen Seelen. Im vorigen Jahre wurden fabrizirte Waaren im Werthe von 200 000 000 M. aus dem Auslande importirt, wovon mehr als die Hälfte aus den Ver. Staaten bezogen wurden, doppelt so viel wie aus England, Deutschland und Frankreich zusammen genommen. Der größte Hemmschuh für eine gedeihliche Entwicklung des Exportverkehrs nach Mexico, die einflusslose Zollplackereien, ist jetzt mit einem Schlage hinweggeräumt.

Partei-Nachrichten.

Die deutsche Gesellschaft für ethische Kultur veröffentlicht eine Erklärung zu Gunsten unserer im Essener Meineidsprozess verurtheilten Parteigenossen. Es wird darin durch eingehende Besprechung der Zeugenaussagen und der sonstigen Vorgänge in der Gerichtsverhandlung die Unwahrscheinlichkeit dargelegt, daß die Verurtheilten schuldig sind, und als weitere Begründung dessen wird aus der Kölner Gerichtsverhandlung gegen unseren Genossen Hofrichter angeführt, daß das Gericht zu dem Resultat gekommen ist, die Verurtheilung, wodurch Schröder zu Falle gekommen, sei nicht aufgeklärt.

In dieser Erklärung der Kölner Strafkammer“ sagt die genannte Gesellschaft, treten die vorerwähnten Unficherheiten der Grundlagen für die Essener Schwurgerichts-Entscheidung aufs neue unvertennbar zu Tage, und es hat sich in der That in der ganzen Kölner Verhandlung auf Grund einer Reihe von Zeugenaussagen, von denen auch mehrere aus den Kreisen der Mitglieder der christlichen Bergarbeitervereine herrühren, aufs deutlichste die Möglichkeit eröffnet, daß die Aussagen von Schröder und Genossen sogar von dem wirklichen Sachverhalt bei weitem nicht so entfernt geblieben sind, wie es in dem Ergebnis der Essener Verhandlungen angenommen worden ist. Unter diesen Umständen glauben die unterzeichneten Mitglieder der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, getreu den von ihrer Gemeinschaft übernommenen Pflichten, sich an die weitesten Kreise des deutschen Volkes mit der Aufforderung wenden zu sollen, auch ihrerseits die Angelegenheit ernstlich zu erwägen. Wir bitten diejenigen, welche zu einer mit der unserigen übereinstimmenden Ansicht über dieselbe kommen, dies uns kundgeben zu wollen, damit diese Zustimmung zu der vorstehenden Erklärung nicht bloß in die Oeffentlichkeit, sondern auch an die zuständige Stelle gebracht werden können, um dort inständig zur Erwägung zu stellen, ob es nicht gerechtfertigt ist, gegen die unglücklichen Verurtheilten des Essener Prozesses baldigst Gnade walten zu lassen, und dadurch zugleich dem Gewissen und Gerechtigkeitsgefühl vieler beruhigt zu werden.“

Es handelt sich also um ein Gnadengesuch an den König. Die Erklärung der Gesellschaft ist bereits unterzeichnet

von den Herren Direktor Professor Dr. Döring (Berlin), Geheimen Regierungsrath Professor Dr. F. Goebler (Berlin), Stadtschreiber und Stadterordneter Dr. F. Giesberg (Berlin), Mitglied des Reichstages Dr. P. Pachnicke (Berlin), Dr. R. Penzig (Charlottenburg), Dr. Arthur Pfungst (Frankfurt a. M.), Rechtsanwält Dr. Nothe (Berlin), Frau Jeannette Schwerin (Berlin), Frau Marie Stritt (Dresden), Prof. Dr. Ferd. Lönies (Hamburg), Professor Dr. W. Wislicenus (Straßburg), Dr. Paul Artmann von der juristischen Fakultät zu Berlin, Justizrath und Notar Hans Riemeyer, Dr. jur. Victor Riemeyer, Rechtsanwält in Essen und anderen Angehörigen der bürgerlichen Gesellschaft. Weitere Zustimmungserklärungen bittet die Gesellschaft an Herrn Dr. Penzig in Charlottenburg, Knefbeckstr. 6, zu senden.

In der heutigen Zeit der Sozialistenhag berührt es sympathisch, daß Angehörige der bürgerlichen Gesellschaft sich noch der Menschenpflicht erinnern, einzutreten für Unglückliche, die nach unserer Ueberzeugung durch einen Fehlspruch ins Zuchthaus geschickt wurden. Aber die Vergnadigung, die geübt werden soll, giebt unseren schuldlosen Parteigenossen nicht die bürgerliche Ehre wieder, die sie zu beanspruchen haben; aus demselben Grunde schon verzichteten die Verurtheilten auf das Anrufen der königlichen Gnade. Wir und sie können unsere Hoffnung nur auf das Wiederaufnahmeverfahren setzen, das bereits beantragt ist. Wo, wie beim Essener Prozeß, die Thatfachen so laut sprechen, daß ein Fehlspruch gefaßt wurde, da kann sich — nehmen wir an — kein Gerichtshof der Pflicht verschließen, dem Begehren nach Wiederaufnahme des Verfahrens zu entsprechen, und daß dieses zur Freisprechung unserer braven Genossen führen muß, dessen sind wir sicher. Die gerichtliche Anerkennung der Schuldlosigkeit eines Verurtheilten aber wiegt für diesen die Vergnadigung hundertfach auf.

Ueber den Geist, der die Hallische General-Versammlung des Verbandes deutscher Buchdrucker beherrscht, äußert sich Karl Höger, der Verbandsvorstand der österreichischen Buchdrucker, welcher in Halle als Gast anwesend war, in einem Situationsbericht im österreichischen Verbandsorgan:

„Den einzigen Vorwurf konnte Gash mit Zug und Recht erheben, daß der Verbandsvorstand (auch nach unseren österreichischen Begriffen) zu konservativ vorgegangen. Aber hierin war gerade Gash mitschuldig, denn noch vor wenigen Monaten (es ging dies aus der Verlesung von Briefen an Böblin hervor) hatte sich Gash mit diesem Konservatismus vollständig einverstanden erklärt, und wir wußten uns dessen gar nicht, denn wir haben gefunden, daß ein Großtheil unserer deutschen Kollegen leider noch sehr konservativ ist — noch viel, viel konservativer wie der Verbandsvorstand selbst.“

Dieses Urtheil Högers, der nebenbei bemerkt zu unseren ältesten österreichischen Parteigenossen gehört, klingt etwas anders, und wie wir glauben, den Thatfachen entsprechender, als das Urtheil, dem wir vor einigen Tagen in unserem Hamburger Bruderorgan „Echo“ begegneten, das erschlichlich von einem Teilnehmer der Hallenser Versammlung herrührte und nach welchem die Delegirten in Halle fast nur aus Parteigenossen bestanden haben sollen. Wir halten solche Schönfärberei für falsch. Man soll sich nicht Freunde andichten, wo man sie nicht hat, und nicht Hoffnungen erwecken, die im Falle der Noth nur Enttäuschungen bringen.

Soziale Uebersicht.

Den Bureaunkrämmern im preussischen Eisenbahnenwesen charakterisirt, wie er leidet und lebt ein Betrugsprozeß, der von der preussischen Eisenbahnverwaltung gegen einen Arbeiter angestrengt ist, weil, wie Dr. Engel's Zeitschrift „Der Zonentarif“ mittheilt, der Arbeiter die Fahrkarte nach einer Station benutzt hat, nicht um zu fahren, sondern um den Bahnsteig zu betreten. Eine Karte für letzteren Zweck kostet bekanntlich 10 Pf., die Fahrkarte des Arbeiters kostete aber bloß 5 Pf.

Wenn die preussische Eisenbahnverwaltung auf Gebieten, wo das viel nöthiger wäre, ihren Scharfsinn auch nur entfernt so anstrengen würde, wie hier, wo es sich darum handelt, dem Käufer einer Fahrkarte das selbstverständliche Recht zu beschneiden, den Bahnsteig zu betreten, es wäre z. B. in den Verkehrsverhältnissen der Bahnen und in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Bahnangestellten im Hundsdrechen der so notwendige Wandel geschaffen.

Die Zeitschrift „Zonentarif“ unterzieht denn auch das Verfahren der Eisenbahnverwaltung der gebührenden Kritik und führt dann aus:

„Eine der grundlegenden Bestimmungen des geltenden Rechts lautet: „Wer Gebrauch von seinem Recht macht, verletzt niemanden.“ Da nun unzweifelhaft jeder, der eine Fahrkarte besitzt, gleichviel von welchem Werthe, unbestreitbar das Recht hat, den Bahnsteig zu betreten, ob er fahren will oder nicht, so verstoßen wir nicht: erstens, wie es möglich war, daß die Eisenbahnverwaltung einen Strafantrag stellen konnte; zweitens, wie ein Staatsanwalt diese Klage annehmen konnte; drittens, wie eine Anklageammer dazu gekommen ist, die Klage zuzulassen und eine Hauptverhandlung anzuberaumen. Die Schuld, wenn überhaupt eine Schuld vorliegt, trägt ausschließlich die Eisenbahnverwaltung, die für die größere Leistung (Betreten des Bahnsteigs und eine Fahrt) einen geringeren Preis fordert als für die kleinere Leistung. Auch lautet ein Grundsatz jeder Rechtswissenschaft: Wer das Recht hat, das Größere zu thun, hat auch das Recht, das darüin enthaltene Kleinere zu thun. Aber die Eisenbahnverwaltung weiß das alles besser! Offenlich wird sie durch den Richter belehrt, was in Deutschland wirklich Recht ist. Im allersonderbarsten Lichte erscheint aber die Anklage, wenn man weiß, daß die Klägerin an anderen Stellen, z. B. auf Berliner Bahnhöfen, in den Automaten mit der Aufschrift „Bahnsteigkarten“ gewöhnliche Fahrkarten verkauft, die zur Fahrt bis zur nächsten Station berechtigen. Und hierauf wollen wir den Verteidiger des angeklagten Arbeiters besonders aufmerksam machen.“

Die Buchdrucker-Jungung in Dresden hat den Beschluß gefaßt, daß künftig die jungen Leute, die sich dem Buchdruckerberuf widmen wollen, einer 3 z i l i e n und einer p ä d a g o g i s c h e n Prüfung zu unterziehen sind, bevor sie als Lehrlinge angenommen werden.

Auskast ist in Bezug auf das Koalitionrecht auch eine schöne Gegenstand. In Harzgerode sollte eine Filiale des Deutschen Schneiderverbandes gegründet werden. Auf die vorchriftsmäßige Anmeldung der Filiale ging der Bescheid ein, die Filiale sei auf Grund des anhaltischen Vereinsgesetzes von 1852 untersagt. Na, wenn nicht, denn nicht, sagen die Harzgeroder Schneider gemüthlich und organisiren sich unter dem Banner, das ein Vertrauensmann hält.

Bayerisches Fabrikinspektorat. Zu der gestrigen Notiz ist nachzutragen, daß auch das Fabrikinspektorat für Unterfranken einen neuen Assistenten erhalten hat. Es sind im ganzen 5 neue Assistenten angestellt, und zwar je einer in Oberbayern, Ober- und Unterfranken, in Schwaben und in der Pfalz.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Lederarbeiter (Portefeuillier)! Der bedeutungsvolle Augenblick ist gekommen, wo die Lederarbeiter Berlins sich in Bewegung setzen, um ihre an das Weber-

elend des Gulegebirges erinnernden wirtschaftlichen Verhältnisse etwas zu verbessern. In der sehr stark besuchten Versammlung vom 28. d. M. wurde beschlossen, daß die Kollegen in den Geschäften, wo bis spätestens Sonnabend die Forderungen nicht bewilligt sind, mit aller Kraft in den Streit einzutreten sollen. Jetzt, Kollegen, ist es eure Pflicht, mit allen gesetzlichen Mitteln Mann für Mann und Schulter an Schulter zu kämpfen, um zu beweisen, daß ihr nicht gewillt seid, unter den bisherigen Zuständen weiter zu leben und an Euch selbst wird es liegen, daß der Zeitpunkt bald kommt, wo wir ausrufen können: Sieg auf der ganzen Linie! Durch die Einigkeit der Kollegen, sowohl der Werkstätten wie der Hausarbeiter, ist es bereits gelungen, bei folgenden Firmen mit unseren Forderungen durchzudringen: Guttman, Rung, Weiß u. Kändler, Marschall, Simonsohn, Sommer u. Schwarz. Die Arbeit niedergelegt haben gestern die Kollegen bei Loh u. Weiland, Dresdenerstr. 88/89, Püschel, Dresdenerstr. 38, und Reßner, Moritzstr. 5. Wir ersuchen also die Kollegen, die noch Forderungen stellen wollen, solches im Laufe der Woche zu thun und das Ergebnis der Lohnkommission zu übermitteln.

Die Lohnkommission.
(Vertreter derselben sind von morgen 9 bis abends im Restaurant von Th. Meßner, Oranienstr. 184, anwesend.)

Sämmtliche arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

An die Arbeiterschaft Berlins!

Wie bekannt, entließ die Direktion der Berliner Paketfahrt-Aktien-Gesellschaft am Montag, den 15. Juni, ca. 60 ihrer Angestellten mit der Begründung, daß sie mit ihnen keinen Kontrakt mehr abschließen, weil sie theilweise ihre Schuldigkeit nicht gethan und ferner im Betriebe in „auffälliger“ Weise für den Verband der Handelsreisenden agitirt hätten. Die Direktion verwarfte sich ganz entschieden dagegen, die betreffenden Personen wegen ihrer Betheiligung an der vorausgegangenen Lohnbewegung gemahnt zu haben. Wie weit diese Behauptung auf Wahrheit beruht, wird wohl zur genüge folgende Auskunft beweisen, welche über einen der entlassenen Angestellten von der Direktion gegeben worden ist. Die Auskunft lautet:

„Auf Ihre Anfrage vom 23. d. M. theilen wir Ihnen ergebenst mit, daß wir den p. t. . . . als einen ehrlichen, nützlichsten und fleißigen Menschen empfehlen können, dem wir auch in Behandlung der ihm anvertrauten Pferde nur das Beste Zeugniß ausstellen können.“

Seine Entlassung mußte zu unserm Bedauern erfolgen, weil er sowohl schon in früherer Zeit, als auch bei der letzten Lohnbewegung unseres Personals sich in hervorragender Weise an der Agitation betheiligt, seine Kameraden aufgehetzt und auch in öffentlicher Versammlung die Leitung der Gesellschaft in ganz ungebührlicher Weise angriff.

Dochachtung!

Berliner Paketfahrt-Aktien-Gesellschaft.

Die Direktion:

von Lindheim.“

Dieses Selbstkonterfei genügt zur Kennzeichnung der so human sein wollenden Direktion. Nicht nur, daß man den Arbeiter trotz Ehrenwort entläßt, man hindert ihn durch eine solche Auskunft auch noch daran, sich anderweit Arbeit zu verschaffen. Außerdem entspricht die Auskunft nicht einmal der Wahrheit, speziell der letzte Satz ist, gelinde gesagt, ein starker Irrthum.

Die öffentliche Versammlung der Delegirten zur Berliner Gewerkschaftskommission vom 10. Juli 1896 beschloß nunmehr, in den Gewerkschaften dahin zu wirken, daß der Berliner Paketfahrt-Aktien-Gesellschaft so lange keine Briefe, Karten etc. zur Verfügung übergeben werden, bis dieselbe ihren Angestellten diejenigen Vergünstigungen zu theil werden läßt, welche ihnen durch Ehrenwort, gegenüber der Kommission sowohl als auch vor dem Berliner Gewerbegericht zugesichert worden sind.

Wir fordern nunmehr die Arbeiter Berlins auf, diesen Beschluß zur vollen Durchführung zu bringen und uns so in dem Kampfe gegen die Uebergriffe des Unternehmertums zu unterstützen.

Des weiteren machen wir auf die Beschlüsse aufmerksam, die betreffs der Berliner Privatpost gefaßt worden sind.

Der Vertrauensmann

der Handels-Gitarbeiter.

Joh. Hoffmann.

An die Metallarbeiter Berlins!

Morgen sind es 13 Wochen, seitdem sich unsere Kollegen aus Anlaß der Malfeier im Auslande befinden. Ihre Haltung ist vorzüglich. Dem Unternehmertum ist es bis auf den heutigen Tag nicht gelungen, Streikbrecher in genügender Zahl aufzutreiben. Die Arbeit drängt mit jedem Tage mehr, sobald die Aussicht, den Kampf zu gunsten der Arbeiter zu beenden, immer näher rückt. Angesichts der günstigen Lage des Ausstandes und wegen der großen Opfer, die die Ausständigen bisher gebracht haben, beschloßen die Vertrauensleute der Berliner Metallarbeiter, am 1. August den verheirateten Ausständigen wiederum 10 M., den ledigen 5 M. Extra-Unterstützung zu gewähren. Wir richten daher an alle beschäftigten Metallarbeiter die Bitte, die Sammlungen unermüdetlich fortzusetzen. Kollegen, die Rühmänner mühten unter allen Umständen unsere Organisation vorwärts, trage daher jeder Metallarbeiter dem Beschluß, wöchentlich 50 Pf. zu zahlen, Rechnung, und es wird uns gelingen, die Sache zu gunsten der Arbeiter beizulegen. Ferner machen wir bekannt, daß sämmtliche Former und Gießerei-Arbeiter der Firma Franz Spener, Rathenowstr. 18, weil sie Arbeiten für gesperrte Firmen herstellten, die Arbeit eingestellt haben. Der Zugang ist nach allen schon bekannten Verhältnissen fernzuhalten. Die Arbeiterpresse Deutschlands ersuchen wir, darauf hinzuweisen, daß die Unternehmer Arbeit für gesperrte Firmen unter falscher Firma außerhalb Berlins anfertigen lassen wollen. Also Vorsicht! Der Vorstand des Berliner Metallarbeiter-Verbandes.

Achtung, Zimmerer! In dem Baugeschäft von Möbius in Charlottenburg haben an der neuen Brücke auf dem Gohlplatz von Zimmermann u. Sohn die Zimmerer am Dienstag die Arbeit niedergelegt, weil die 9stündige Arbeitszeit nicht eingehalten wird. Wir ersuchen unsere Berufsgenossen, dies zu beachten. Alles andere in der nächsten Nummer des „Vorwärts“.

Die Lohnkommission der Berliner Zimmerleute.

Achtung, Maurer Berlins! In dem diesjährigen Lohnkampfe habt Ihr bewiesen, daß es Euch ernst war, den Neun-Stundentag zu erringen. Um nun aber diese Errungenschaft auch für die Zukunft aufrecht zu erhalten, ist es nöthig, gegenseitig Fäßlung zu behalten, und da hat der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins die Morgenprache eingeführt, welche jeden Sonntag Vormittag in den bekanntesten Zahlstellen stattfindet. Außerdem werden die Mitglieder aufgefordert, ihre Wohnung bei den Hilfskassen anzugeben. Der Vorstand.

Der Streik der Präger bei der Firma Priester u. Seyd in Berlin ist nach vierwöchigem Kampfe zu gunsten der Arbeiter beendet.

Chirurgische Branche. Der Streik bei der Firma Fromholz in Berlin ist zu gunsten der Arbeiter beendet.

Zur Steinseherbewegung wird uns geschrieben: Die Halberstädter Steinseher haben ihre Lohnforderung vollständig durchgesetzt. Als die Unternehmer sahen, daß es den Arbeitern mit ihrer Forderung wirklich Ernst war, ließen sie den anfänglichen Widerstand fahren. In Hamburg sind die Differenzen wegen der Ueberlandarbeit immer noch nicht beseitigt, jedoch haben sich trotz der augenblicklichen Geschäftsflaute noch keine Arbeiter gefunden, die diese Arbeiten unter dem aufgestellten Tarif auszuführen bereit wären. Infolgedessen haben einzelne Unternehmer ihre Bereitwilligkeit erklärt, unter gewissen

Bedingungen mit der Arbeiterschaft zu unterhandeln. Vorläufig ist aber noch streng für Fernhaltung des Zuganges zu sorgen. Dasselbe gilt für Ochsersleben und Querfurt. In Halle a. S. sind die Steinseher ebenfalls in die Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen: vom 1. August ab 42 1/2 Pf. Stundenlohn, vom 1. Mai 1897 ab 45 Pf.; Ueberstunden sollen mit 50 pCt., Nachtarbeit mit 100 pCt. Aufschlag bezahlt werden. Die Arbeiter verpflichten sich bei Annahme dieser Forderungen seitens der Unternehmer vor dem Jahre 1900 keine Lohnerböhung zu fordern, wenn sich die Unternehmer ihrerseits verpflichten, bis dahin keine Lohnherabsetzung vorzunehmen. Falls die Unternehmer ein Eingehen auf diese Forderungen ablehnen, wird es wahrscheinlich am 3. August zur Arbeitseinstellung kommen. Es ist deshalb auch von Halle a. S. bis auf weiteres Zugang fern zu halten.

In der Schuhfabrik von Engelhardt u. Co. in Kassel haben sämmtliche Zwickler ihre 14tägige Kündigung eingereicht. Sie ersuchen, den Zugang streng fernzuhalten.

In Leipzig haben, wie unser dortiges Parteiorgan berichtet, in der Buchdruckerei von Grumbach 20 Maschinenmeister die Arbeit eingestellt, weil einer ihrer Kollegen entlassen wurde als Antwort auf seine Weigerung, Ueberstunden zu arbeiten. In den Druckereien von Hirschfeld und August Preis haben die Sezer die Arbeit eingestellt, beziehentlich gekündigt, weil ihnen die Vortheile des neuen Tarifs vorenthalten werden sollen. Die letztere Druckerei sucht im Tageblatt Nicht-Verbandsmitglieder als Ersatz für die in Kündigung stehenden Arbeiter. Bei Hirschfeld sind 8 Sezer stehen geblieben.

In Chemnitz haben wegen Maßregelung eines Kollegen 23 Arbeiter und 1 Arbeiterin der Radeffabrik von Gerschbach u. Kühn die Arbeit niedergelegt. Anfragen etc. sind zu richten an Robert Krause, Chemnitz, Oststr. 36, 3. Ferner haben in Chemnitz die Former der Firma Rudolf Barthel die Arbeit eingestellt, weil sie sich einen Lohnabzug von 10 1/2 pCt. nicht wollten gefallen lassen.

Sämmtliche Arbeiter der Brauerei Währing in Wien stehen im Ausstand wegen Maßregelung von acht Kameraden und wegen Auflosung einer ungesetzlichen (!) Arbeitsordnung. Zugang ist fernzuhalten.

Die streikenden Weber in Wahren ersuchen die Textilarbeiter Deutschlands dringend um Unterstützung. An dem Ausstande sind, wie uns von dort mitgetheilt wird, circa 1200 Arbeiter betheiligt, wovon drei Viertel für Familienangehörige zu sorgen haben. Wer rasch hilft, hilft doppelt! — Daß die Weber des genannten märkischen Ortes theilhaftige Sympathie verdienen, wird man aus der Mittheilung entnehmen, daß sie bei meist 18—20 stündiger Arbeitszeit täglich kaum 30—40 Kreuzer verdienen, weil sie alle Vorarbeiten, die anderwärts der Unternehmer besorgt, selbst und zwar ohne Bezahlung ausführen müssen. Sendungen sind zu adressiren an den Sekretär der österreichischen Gewerkschaftskommission, Genossen Hueber Wien VI, Kopernikusgasse 12.

Vom schweizerischen Bierbock wird uns aus Zürich geschrieben: Der Vermittlungsvorschlag der St. Galler Arbeiterunion ist von den Ringbrauern abgelehnt worden, desgleichen die neuerdings vom Winterthurer Stadtpräsidenten Geilinger, Präsident der Verwaltungskommission des städtischen Arbeitsnachweises und des Eingangsantes angebotene Vermittlung. Dieses Verhalten läßt unseres Erachtens nur zwei Schlüsse zu, nämlich daß erstens der Bock die großen und terrorisirenden Ringbrauereien noch nicht sehr empfindlich geschädigt hat und daß zweitens die großen Ringbrauer die kleinen Brauereien, welche sie auf bauernfängerische Art in den Ring gezogen, nun auch durch den Bock ruiniren wollen. Die 88 großen Brauereien mit mehr als 10 000 Hektoliter Jahresproduktion partizipiren nämlich an der gesamten schweizerischen Bierproduktion mit 2/3, die 275 mittleren und kleineren Betriebe dagegen nur mit 1/3, woraus das erdrückende Uebergewicht der ersteren deutlich hervorgeht. Nach Angabe des Brauerings sind insgesammt 190 Arbeiter ausgesperrt, wovon 61 verheirathet. Darunter befinden sich 185 Ausländer und angeblich nur 25 Schweizer. Die Zusammenstellung ist sehr geschickt, wie die ganze bisherige Pressbearbeitung seitens des Brauerings. Die Aufmerksamkeit des Publikums wird aus chauvinistischen Erwägungen auf die 165 Ausländer — „Schwaben“ — abgelenkt. Daß die Ausbürgerung der letzteren eine niederträchtige Schandthat und der ersten nicht minder, wird auf diese Weise verschleiert; ebensowenig wird erwähnt, daß die Blöße der Aussperrten wieder ausschließlich mit ausländischen Brauereibesitzern besteht, daß eine Anzahl schweizerischer Brauereibesitzer Ausländer sind und daß die Ausländer ebenfalls Konsumenten des schweizerischen Bieres sind.

Als Antwerpen berichtet die „Kölnische Zeitung“ in der ihr eigenen Weise: Der von englischen Agitatoren in Antwerpen angeregte internationale Verband der Hafenarbeiter soll hauptsächlich der gleichzeitigen Veranlassung von Ausländern in England, Holland und Belgien dienen und bei Arbeitseinstellungen in den beiden ersten Ländern den Schiffen die Möglichkeit nehmen, ihre Ladung in belgischen Häfen zu löschen. Der monatliche Beitrag der Verbandsmitglieder ist auf 25 Cts. festgesetzt. Mehrere Versammlungen der Hafenarbeiter auf öffentlichen Plätzen wurden polizeilich aufgelöst.

Nun ist die Schauerachricht fertig, die dem deutschen Philister wohl wieder das übliche Geusen vor internationaler Verbindung der Arbeiter beibringen wird. Der internationale Hafenarbeiter-Verband betrachtet selbstverständlich den Streik nicht als Selbstzweck, sondern lediglich als letztes Mittel zum Zweck. Was er will, das ist die Verbesserung des Arbeitsverhältnisses, und daß dazu gerade bei den Hafenarbeitern der Nachbarstaaten England, Holland und Belgien gemeinsames Handeln nöthig ist, bedarf keines Beweises.

Die organisirten Marine- und Dockarbeiter Großbritanniens fordern Erhöhung der Hafenarbeiter-Löhne. Für den Fall, daß sich die Unternehmer zu nichts verfehlen, soll in 14 Tagen die Arbeit niedergelegt werden. Der Ausstand würde circa 1 Million Arbeiter umfassen.

Der Streik der Schiffwerst-Arbeiter in Helsingör (Dänemark) wurde gestern durch eine Uebereinkunft, welche die Lohnsätze für einen längeren Zeitraum feststellt, beendet.

Die Vergleite in Newcastle bei Sydney in Australien streiken seit mehreren Wochen wegen schlechter Bezahlung.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Brinn, 29. Juli. (W. L. B.) Die Stadt Wallachisch-Klobitz, in der Bezirkshauptmannschaft Ungarisch-Brod, ist zur Hälfte abgebrannt.

Sabre, 29. Juli. (W. L. B.) Ein von Lyon kommender Anarchist namens Marie Berthe wurde hier verhaftet.

London, 29. Juli. (W. L. B.) Das Unterhaus nahm nach fünfständiger Debatte ohne Abstimmung die dritte Lesung der irischen Bodenreformvorlage an. Das Oberhaus nahm die erste Lesung derselben Novelle an.

Athen, 29. Juli. (W. L. B.) (Meldung der „Agence Havas“.) Ein Bericht des Kommandanten des Kriegsschiffes „Anois“ an den französischen Konful besaßigt die Nachrichten über die Grausamkeiten, welche die Mubamedaner in der Provinz Serakleion verübt haben. Die Mubamedaner plünderten, untertheten von türkischen Soldaten, 4 christliche Dörfer, entweihten die Kirchen und mißhandelten 13 Christen.

Internationaler Metallarbeiter-Kongress.

Sitzung vom 24. Juli.

Nach Erstattung der Berichte von Bischof, Hamburg und Rätcher, Berlin wird der Antrag angenommen, bei zukünftigen Kongressen die Berichte vorher gedruckt vorzulegen.

Der 4. Punkt der Tagesordnung: „Die Organisationsfrage“, veranlaßt eine rege Diskussion. Es wird eine Kommission eingesetzt, welche zu den Punkten: 4. Organisationsfrage; 5. gegenseitige Unterstützung bei Streiks; 6. Reiseunterstützung; 7. Internationales Sekretariat die geeigneten Vorschläge zu machen hat. In die Kommission werden gewählt Hobson, Elbers, Segin und Vogelbacher.

Sitzung vom 25. Juli.

Den Vorsitz führt Frau Paris. Die Kommission berichtet über ihre Beratungen. Danach bleibt das internationale Informations-Bureau bestehen. Jede Vereinigung kann sich daran beteiligen. Jede Organisation ordnet ihre Angelegenheiten selbst, ohne Beeinflussung durch das Bureau. Im übrigen gilt die Resolution des Züricher Kongresses. Von Streiks und Aussperrungen ist das Bureau zu verfahren; es hat alsdann die Gewerkschaften zu informieren und eventuell zur Hilfe auszufordern. Gelder hierzu sind durch das Bureau zu vermitteln. Die Reise-Unterstützung ist zu regeln zwischen den Verbänden der einzelnen Länder, da in Frankreich und England fast niemand nach dem Ausland reist.

Die Vorschläge werden vom Kongress akzeptiert. Der Sitz des Bureau wird von der Schweiz nach England verlegt. Ueber die Höhe des Beitrages wird festgesetzt, daß jede Organisation eine einmalige Zahlung von 1 Pfd. zu zahlen hat. Pro Tausend organisierter Metallarbeiter sind pro Jahr 5 Schilling an das Bureau abzuführen. Als Sekretär des internationalen Informationsbureaus wird Hobson-Sheffield gewählt.

Zu Punkt 9, Generalstreik wird nach kurzer Diskussion eine Resolution angenommen, welche erklärt: Der Generalstreik ist zur Zeit unmöglich, da die Organisation in den meisten Ländern viel zu schwach ist; es soll ein Aufruf erlassen werden, welcher die Arbeiter auffordert, sich zu organisieren, um früher oder später in den Generalstreik eintreten zu können. Dem nächsten Kongress wird diese Frage zur weiteren Beratung überwiesen.

Zu Punkt 10: Achtstundentag und Minimallohn, wird beschlossen: Das internationale Sekretariat hat Erhebungen über die Löhne und die Lebenshaltung der Arbeiter zu veranlassen zwecks Schaffung einer vergleichenden Statistik über die Verhältnisse der verschiedenen Länder. Das Resultat ist dem nächsten Kongress vorzulegen.

Alsdann wird beschlossen, alle 2 Jahre einen internationalen Kongress abzuhalten. Das Bureau kann jedoch einen solchen früher einberufen, wenn zwei Nationen dies beantragen.

Kugler, Paris regt zum Schluß einen Austausch junger Arbeiter an, zur Erlernung der Sprache, zur Kenntnis der Sitten, Gebräuche und der Organisation der Arbeiter anderer Länder.

Das Protokoll ist von den Sekretären der drei Sprachen anzufertigen; die Drucklegung erfolgt durch das Internationale Sekretariat.

Zum Schluß dankt Hobson dem Genossen Andreas Scheu, London, der auf dem Kongress als Uebersetzer fungierte.

Kugler, Paris spricht dem bisherigen Sekretär Vogelbacher-Winterthur für seine Thätigkeit den Dank des Kongresses aus. Hierauf wird der Kongress geschlossen.

Prozeß Göhe.

Die Veruntreuung eines Angefallenen in dem Bankhause S. Bleichröder beschäftigte heute die erste Ferienkammer des Landgerichts I. Die That erregte derzeit wegen des Raffinements, mit der sie ausgeführt war, sowie wegen der übrigen begleitenden Umstände Aufsehen. Aus der Untersuchungshoft wurde der Kaufmann Ernst Göhe vorgeführt. Er ist am 25. April 1886 zu Wernsdorf, Kreis Weisenfels geboren, evangelischer Konfession und bisher noch nicht bestraft. Die Anklagebehörde hat folgendes Material gegen ihn zusammengestellt: Göhe war seit dem Jahre 1891 bei dem Bankhause Bleichröder angestellt. Er bekleidete dort eine Vertrauensstellung und erkaufte sich der vollen Zufriedenheit seiner Chefs. Auch sein Familienleben — er war Vater von drei Kindern — soll ein musterhaftes gewesen sein. Da kreuzte ein weibliches Wesen seinen Weg und wurde die Ursache, daß Göhe auf Abwege gerieth. An einem Augusttage des vorigen Jahres, als er sich nach dem Geschäftsbeschluss auf dem Nachhausewege befand, lernte er ein junges Mädchen, namens Meta Fuchs kennen. Göhe wurde demnach von dem Mädchen gefesselt, daß er alle seine Pflichten als Gatte und Vater vergaß und nur noch von dem Wunsche befeuert war, vollständig mit ihr zusammenleben zu können. Er sagte den Entschluß, mit ihr nach Amerika zu ziehen. Vorher mußte er aber für die nötigen Mittel sorgen und da reiste in ihm der Plan, folgendes Gaunerstückchen auszuführen: Es war ihm bekannt, daß der in Rüstern wohnhafte Rentner Karl Wahl bei dem Bankhause S. Bleichröder ein Depot von über einer Million Mark in vierprozentigen preussischen Konfols hatte. Ebenso wußte Göhe, wie seine Chefs, daß Wahl in Hamburg Verwandte Namens Claassen hatte. Am 29. August v. J. sandte Göhe von Rüstern einen an das Bankhaus Bleichröder gerichteten Brief, der mit „Karl Wahl“ unterzeichnet war. In diesem Briefe wurde das Bankhaus S. Bleichröder ersucht, 100 500 M. vierprozentige preussische Konfols aus dem Depot des Wahl an Herrn E. Claassen in Hamburg, Weststr. 3, zu senden. Göhe überzeugte sich von dem richtigen Eingang dieses Briefes und ebenso davon, daß der darin enthaltene Auftrag zur Ausführung gelangen sollte. Es gelang ihm dann, den vom Bankhause Bleichröder an Wahl geschriebenen Bestätigungsbrief, sowie den an Claassen in Hamburg gerichteten Avidbrief und endlich das von ihm gefälschte Auftragschreiben zu entwenden. Vor der Absendung des Wertpapiers an Claassen erbat er sich einen Urlaub und reiste nach Hamburg, wo er einige Stunden früher eintraf, als das Wertpapier. Er logierte sich dort unter dem Namen „Claassen“ in einem in der Weststraße 3 gelegenen Gasthof ein. Da er am folgenden Tage, dem 30. August, den Briefträger verfehlt hatte, suchte er diesen am Morgen des 1. September auf dem Hauptpostamt auf. Er legitimirte sich dem Beamten gegenüber mit dem erwähnten Avidbrief der Firma S. Bleichröder. Auf grund desselben erhielt er gegen eine mit „Hamburg, den 1. September 1895, E. Claassen“ gefälschte Quittung das Wertpapier ausgehändigt. Darauf fertigte er mit verstellter Handschrift ein mit E. Claassen unterzeichnetes Bestätigungsschreiben an und sandte dasselbe an das Bankhaus Bleichröder in Berlin. Alsdann fuhr er nach Berlin zurück und verkaufte die 100 500 Mark Konfols bei Karl Heintze, Unter den Linden. Er reiste zunächst nach seiner Heimath Weisenfels. Dort muß ihm wohl zum Bewußtsein gekommen sein, daß er auch Pflichten als Vater habe, denn er kaufte hier für jedes seiner Kinder ein Sparbuchschen über 1000 Mark, die er

bei der städtischen Sparkasse in Weisenfels hinterlegte. Von Weisenfels reiste Göhe wieder nach Hamburg, wo er nach Verabredung mit Meta Fuchs zusammentraf. Unvergänglich schiffte sich das Paar nach Amerika ein. — Inzwischen war im Bankhause Bleichröder das lange Ausbleiben des Göhe aufgefallen. Sehr bald erschien auch im Bureau der Rentier Wahl, dem nach dem Eingange der Claassen'schen Quittung die Anzeige zugegangen war, daß sein Auftrag nunmehr ausgeführt war. Wahl war natürlich wenig erbaud von der Transaktion und ebenso wenig waren es die Inhaber des Bankhauses Bleichröder, denen es nunmehr klar wurde, daß Göhe ein Betrüger war. Die Kriminalpolizei wurde sofort in Kenntnis gesetzt. Nach längerem Bemühen ermittelte die Polizei, daß Göhe in Begleitung der Meta Fuchs nach Amerika gereist war und sich in Philadelphia aufhielt. Hier war Göhe in verschwenderischer Weise aufgetreten, denn als er nach einiger Zeit in einem dortigen Hotel verhaftet wurde, fand man nur noch einen verhältnismäßig geringen Betrag von der von ihm veruntreuten Summe vor. Die Auslieferung machte wenig Schwierigkeiten. Da Meta Fuchs mittellos war, mußte sie in Philadelphia zurückbleiben, Göhe mußte in Begleitung zweier Polizeibeamten die Rückreise nach Berlin antreten.

Die Anklage lautet auf schwere Urkundenfälschung und Betrug. Er hat dem Rechtsanwalt Bronker seine Verteidigung übertragen.

Um 1 1/2 Uhr wurde der Angeklagte zur Verhandlung vorgeführt. Thränenendiges Angeschrei gab er auf Betragen des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Oppert, seine Schuld zu. Er sei mit einem auskömmlichen Gehalt beim Bankhause Bleichröder als Registraturbeamter angestellt gewesen. Seine Hauptthätigkeit habe darin bestanden, die einlaufenden und ausgehenden Briefe einzutragen. Dadurch habe er Kenntnis von dem Inhalte der Korrespondenz erhalten und u. a. auch erfahren, daß der Rentier Wahl in Rüstern ein sehr hohes Depot beim Bankhaus Bleichröder hinterlegt hatte. Der Angeklagte schickte dann den von ihm ausgeführten Gaunerstreich in einer Weise, die sich mit obiger Darstellung deckt. Sein Verhältnis zur Meta Fuchs entschuldigte er damit, daß er seit Jahren mit seiner Ehefrau in Unfrieden lebe. In Philadelphia habe er zunächst für die deutschen Berthe amerikanische gekauft. Nach seiner Verhaftung in Philadelphia konnte dem Angeklagten bis zu seiner Auslieferung die Verfügung über seine Mittel nicht entzogen werden. Er ließ seine Geliebte nach dem Gefängnisse bringen und theilte ihr mit, daß er 60 000 M. an einem bestimmten Ort vergraben habe. Das Geld liege in einem Blechkasten, der wieder in einem Holzkasten eingeschlossen war. Von Meta Fuchs habe der in Philadelphia wohnhafte Anwalt Böttner von dem vergrabenen Schatz erfahren und diese Kenntnis zu einem Betrug benutzt. Böttner war von dem Angeklagten beauftragt worden, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß das von der deutschen Regierung gestellte Auslieferungsgesuch abgelehnt würde. Er hatte auch einen Erfolg in Aussicht gestellt, aber dabei eine größere Summe verlangt, die er angeblich zur Bestechung der amerikanischen Beamten verwenden wollte. Der Angeklagte will ihm zu diesem Zwecke 4000 Dollars gegeben haben. Als Böttner dann die Stelle erfahren habe, wo der Schatz vergraben war, habe derselbe sich mit Meta Fuchs zur Nachtzeit dorthin begeben. Die Kiste mittels eines Spatens ausgegraben und sich den Inhalt angeeignet. Dafür sei Böttner später verhaftet und bestraft worden.

Als einziger Zeuge wurde der Vorgesetzte des Angeklagten, der Bankbuchhalter Schäfer vernommen. Bei der Verhaftung des Angeklagten seien noch etwa 22 000 Dollars (Soll wohl M. heißen. Red.) im Besitze des Angeklagten gefunden worden. Nachdem vor kurzem vom Konsul Meyer in Philadelphia eingegangenen Bericht dürfte das Haus Bleichröder etwa die Hälfte der unterschlagenen Summe zurückerhalten. Der Advokat Böttner sei wegen der Strafthat, deren ihm der Angeklagte beizugehört, nicht bestraft, sondern freigesprochen worden.

Der Staatsanwalt beleuchtete das Verhalten des Angeklagten in den grellsten Farben. Milderungsgründe seien nirgends zu finden. Der Angeklagte habe alles in den Staub getreten, was einem Manne von Ehre und Gewissen von Werth sein mußte. Er beantrage gegen ihn das zulässig höchste Strafmaß, fünf Jahre Zuchthaus und zehnährigen Ehrverlust. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Bronker, versuchte, dem Angeklagten mildernde Umstände zu erwirken. Die Außerordentlichkeit des Falles liege in der Höhe des Objekts. Aber es handle sich doch bloß um Geld. Ohne Geld könne der Mensch leben, aber nicht ohne Ehre. Und werde denn ein Mensch, der einem anderen in heimtückischer, verwerflicher Weise das höchste Gut, die Ehre, raube, ins Zuchthaus gesperrt? Man möge ferner erwägen, daß es dem Angeklagten nicht allzu schwer gemacht wurde, den Betrag zu begehnen. Der Verteidiger kam zu dem Schluß, daß eine empfindliche Gefängnisstrafe für den Angeklagten eine ausreichende Sühne sei.

Der Gerichtshof beriet sich eine Viertelstunde. Das Urtheil lautete auf vier Jahre Zuchthaus und fünfjährigem Ehrverlust. Bei dem Raffinement, welches der Angeklagte an der That gelegt, bei den niedrigen Motiven, die ihn zu der That trieben, sowie bei den übrigen begleitenden Neben Umständen könne von der Jubilung mildernder Umstände keine Rede sein. Der Angeklagte erklärte, sich bei dem Urtheil beruhigen zu wollen.

Lokales.

Die juristische Sprechstunde fällt am Freitag und Sonnabend dieser Woche aus.

Von Genossen des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises ist ein Volksfest für Montag, den 3. August, in der Neuen Welt arrangiert worden. Bilets sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen und bei den einzelnen Genossen zu haben. Näheres sagt die Annonce am Sonntag.

Die Parteigenossen des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises werden darauf hingewiesen, daß die Expedition des „Vorwärts“ in die Regie der Partei befindet. Pflicht eines jeden Parteigenossen in diesem Wahlkreise ist es, nur von dieser Stelle den „Vorwärts“ und den sonstigen Bedarf an Parteiliteratur zu entnehmen. Abonnements werden an folgenden Stellen angenommen: Im Osten beim Speditur Robert Bengels, Fruchtstr. 30, Hof 1 Tr.; im Süd-Osten beim Speditur Friedrich Hiel, Stalhoferstr. 35, v. part., sowie an den sonstigen, den Parteigenossen bekannten Stellen.

Moabit. Heute, Donnerstag, den 30. Juli, abends 8 Uhr, findet bei Schmidke, Stromstr. 28, eine öffentliche Volksversammlung statt. Um zahlreiches Erscheinen der Frauen und Mädchen bittet die Einberuferin.

Gegen die strenge Kontrolle, welche die Polizei seit einiger Zeit über die in den öffentlichen Lokalen des westlichen Theiles der Hasenheide stattfindenden Privatfestlichkeiten ausübt, werden jetzt sowohl die Gastwirthe als auch die Vorstände der Vereine die Entscheidung der Gerichte anrufen. Da bei solchen Festlichkeiten die Mitglieder zahlreicher Vergnügungsvereine zur Deckung der Unkosten unter

der Hand Bilets an Fremde und Bekannte abgeben, ist die Polizei der Ansicht, daß es sich um die Veranstaltung einer „öffentlichen Lustbarkeit“ handelt und hat den Vorständen vieler Vergnügungsvereine Strafmandate in der Höhe von fünf Mark zugehen lassen. In den Strafmandaten heißt es: „Sie haben am ... als Vorstand des Vereins N. N. einen Sommernachtsball unter Ausschluß der Öffentlichkeit in dem Lokale von N. veranstalten wollen und dies bei dem zuständigen Revier angemeldet. Die Öffentlichkeit blieb jedoch, da jedermann gegen Erlegung des Eintrittsgeldes von 50 Pf. zugelassen wurde, nicht ausgeschlossen.“ Dies letztere bestritten nun die Vereine, da am Abend der Festlichkeit keine öffentliche Kasse eingerichtet gewesen ist, sondern die Bilets schon vorher verkauft waren. Infolge dessen werden sie gegen die ihnen zugegangenen Strafmandate jetzt den Klagenweg beschreiten und zwar erforderlichenfalls durch alle Instanzen hindurch. Die Wirthe aber, denen die Polizei mit Entziehung der Tanz-erlaubnis gedroht hat, werden auch ihrerseits zunächst beim Polizeipräsidentium in dieser Angelegenheit Bescheid zu erfahren und dann event. ebenfalls richterliche Entscheidung beantragen. Merkwürdig ist es bei der ganzen Angelegenheit, daß jenes Vorgehen der Polizei nur im Bereiche des 47. Polizei-Reviers stattgefunden hat, zu welchem der westliche Theil der Hasenheide gehört.

In den Nischinger'schen Bierquellen verleiht man sich auf die gründliche Ausnutzung der Arbeitskräfte. Uns gehen darüber folgende Mittheilungen zu: In Geschäften z. B. Friedrichstraße 88, Gadescher Markt 2c. hat der Zapfer um 1/2 Uhr anzutreten, um 9 Uhr wird das Lokal geöffnet und ist der Mann ununterbrochen bis nachts 1 Uhr ohne auch nur 5 Minuten Pause thätig; nun beginnt das Kaffe machen und nachdem sich noch die Papper zu kontrollieren, so daß der Zapfer um 2 Uhr nachts das Geschäft verlassen kann. Zum theil sind die Leute verheiratet. Sind ihre Wohnungen entlegen, so können sie häufig erst gegen 1/3 Uhr das Bett aufsuchen. Von Glück kann der Zapfer reden, wenn er in ca. 3 Wochen einen freien Tag hat; es kommt jedoch vor, daß auch 5 Wochen vergehen. Gläserpüler, Verkäuferinnen und Wamsells haben 1-2 Stunden Mittagspause. Sonst entspricht die Arbeitszeit der vorher geschilderten der Papper. Dann müssen aber nach Schluß von den Wamsellen auch noch die Wamsells resp. der Küchenraum, wenn die Bezeichnung für einen solchen Winkel, wie solcher als Arbeitsraum für 17 Stunden dient, geeignet ist, in Ordnung gebracht werden. Einer Wamsell, die sich einen Ruhetag nach ununterbrochener Thätigkeit von 6 Wochen erbeten hatte, wurde von seinen des Prinzipals bedeutet, „wenn es ihr nicht paßt, soll sie gehen!“ Das Gehalt eines Zapfers der benannten Filialen beträgt 50 M. monatlich und freies Essen, Wamsell 40 M., Verkäuferin 20 M., Gläserpüler 25-35 M. Es wäre dringend zu wünschen, daß diese Lebenslage schleunigst abgeklärt würde.

Eine gefährliche Straße, namentlich für Droschkentreiber, ist die kleine Straße in Schöneberg, die von der Monumentenstraße an der Kaserne des Eisenbahn-Regiments vorüber, nach der Kolonnenstraße führt. Im Wegemeister für die Berliner Droschken ist dieselbe mit Farbenabschnitten eingezeichnet, muß daher als eine öffentliche betrachtet werden. Das Befahren dieser Straße wird indessen durch den militärischen Kasernenposten verhindert. Der Uebelthäter, der das nicht beachtet, hat ein polizeiliches Strafmandat zu gewärtigen. Anders ist die Sache aber, sobald ein Kutscher einen militärischen Fahrgast aufzuweisen hat. In solchem Falle kann derselbe ungehindert die Straße passieren. Nimmt aber trotzdem ein Kutscher, durch die Erfahrung gewöhnt, Anstand, die Straße zu befahren, so läuft er wiederum Gefahr, eine Anzeige wegen Fahrtverweigerung zu erhalten. Im öffentlichen Verkehrsinteresse erscheint es daher dringend geboten, besagte Straße entweder für jedermann freizugeben oder sie gänzlich zu sperren.

Es scheint genügt zu haben. Die Klagen über das zudringliche Benehmen von Soldaten des 3. Garde-Regiments Frauen und Mädchen gegenüber, welche an der Kaserne in der Wangelsstraße vorübergehen, wurden in den letzten beiden Tagen nicht mehr laut, da den Soldaten das ungebührliche Treiben in der Umgebung der Kaserne streng untersagt worden ist.

Der Berliner Jonentarif. Die drei ersten Jahre, in denen im Berliner Vorortverkehr der Jonentarif besteht, haben, wie das „Berl. Tagebl.“ mittheilt, folgende Stufenleiter der Fahrten und Einnahmen ergeben:

Fahrten	Einnahmen
Erstes Jahr: 30,7 Millionen	6,89 Millionen Mark
Zweites „ 34,5 „	7,5 „
Drittes „ 38 „	8 „

Fahrten und Einnahmen hatten im letzten Jahre vor der Einführung des Jonentarifs betragen:

23,4 Millionen beziehungsweise 6,46 Millionen Mark. Erwägt man, daß der Vorortjonentarif namentlich für die nächstgelegenen, also auch am häufigsten besuchten Vororte sehr wesentliche Verbilligungen herbeigeführt hat, in vielen Fällen bis auf ein Drittel des früheren Fahrpreises, so muß der Erfolg ein außerordentlicher genannt werden.

Interessant sind auch folgende Zahlen, die sich aus den obigen ergeben. Eine Einzelfahrt kostete im Durchschnitt des ersten Jahres 22,4 Pfennig, des zweiten Jahres 21,7 Pfennig, des dritten Jahres 21 Pfennig.

Eine Warnung vor einem Londoner Schwindler veröffentlicht der „Reichs-Anzeiger“: Ein gewisser Theobald Schellenberger, der früher zusammen mit einer Therese Keller unter der Firma „Verne, Erwerbe, Genesee“ von London aus einen schwunghaften Stellen- und Privatbeschwinder betrieb, verleiht neuerdings unter der Bezeichnung „Der Freund und die Freundin in allen Orten“ und unter der Adresse M. Beck oder L. Berger, 17, Richfield Grove, Church End, Finchley, London N., nach Deutschland Zirkulare, worin er sich zur Bewirtung von Heirathen und von Stellungen gegen Einsetzung eines mäßigen Honorars erbietet. — Es muß um so dringender davor gewarnt werden, mit Schellenberger in eine Geschäftsverbindung zu treten, als dieser in Deutschland und der Schweiz wiederholt wegen Betrugs und Unterschlagung vorbestraft ist und die gerichtliche Verfolgung von Erfolge ansprüchen, ganz abgesehen von der Kostspieligkeit eines in England zu führenden Prozesses, schon daran scheitern würde, daß gegen Schellenberger, bevor er Deutschland verlassen hat, ein Entmündigungsverfahren wegen Geisteskrankheit eingeleitet worden ist.

Vermiss wird seit Dienstag, den 21. d. M., die Schülerin Emilie Voh. Sie war bekleidet mit grauem Rock, blauer Blouse, rosa Unterrock, schwarzen Strümpfen und Knäpftiefeln. Mittheilungen sind zu richten an Wagner, Partelstraße 3, 3 Treppen.

Weil er seine alte Mutter nicht mehr ernähren konnte, hat der 22 Jahre alte Handlungsgehilfe Hans Erneck aus der großen Hamburgerstr. 31 sich zu ernähren versucht. Der junge Mann war längere Zeit schon außer Stellung und es gingen ihm schließlich jegliche Mittel nicht nur zu seinem eigenen

Unterhalt, sondern auch zur Unterstützung seiner greisen Mutter, die in der Lindenwälderstraße wohnt, aus. Er nahm sich das so zu Herzen, daß er sich gestern, Dienstag, abends gegen 9 Uhr, aus einem Revolver eine Kugel in die Brust jagte. Hausbewohner hörten den Knall und holten die Polizei; ein Schuhmann brachte den Schwerverletzten mit einer Droschke in ein Krankenhaus.

Große Aufregung verursachte gestern Vormittag die Festnahme eines sehr kelleideten Herrn in der Charlottenstraße, am Gendarmenmarkt. Der Herr betrat das Hand- und Kravattengeschäft von M. Hecken, ließ sich Schlüpf vorlegen und verlangte, nachdem er seine Wahl getroffen, noch Handschuhe zu sehen. Die Verkäuferin mußte die Leiter besteigen, um das Gewünschte herunter zu holen. Diesen Augenblick benutzte der Kunde, um die Ladenkasse herauszuziehen und mit ihr und den ausgewählten Kravatten schleunigst das Weite zu suchen. Die Verkäuferin eilte schreiend hinter ihm her, wobei sie von dem Diebe einen Schlag ins Gesicht erhielt. Ein Hausdiener, welcher den Vorfall beobachtet hatte, nahm sofort die Verfolgung auf. Es gelang ihm auch, den Dieb festzuhalten, obgleich derselbe veruchte, sich mittelst eines Dolches von seinem Angreifer zu befreien. Glücklicherweise kam ein Schuhmann hinzu, der den schauerlichen Patron zur Wache brachte. Die Verkäuferin suchte indessen das auf der Straße umherliegende Geld wieder auf.

Eingebrochen wurde bei dem Briefträger Wilhelm Bogun, Raupachstraße 3, am Montag während der Mittagszeit von 12-1 Uhr in höchst dreister Weise. Frau Bogun hatte sich um die gebachte Zeit nach dem Hofe begeben, um ihren Stubenteppich zu klopfen. Vom Hofe aus sah sie zwei junge Leute die Treppen nach ihrer Wohnung emporsteigen. In Sorge um ihre zwar verschlossene, aber unbeaufsichtigt gelassene Wohnung folgte Frau Bogun den beiden Männern. Als sie aber bemerkte, daß sich dieselben in ein höheres Stockwerk begaben, kehrte sie beruhigt zu ihrer unterbrochenen Thätigkeit auf dem Hofe zurück. In ihre Wohnung zurückgekehrt, fand sie dieselbe mittels Nachschlüssels geöffnet vor. Diese hatten während ihrer kurzen Abwesenheit derselben einen Besuch abgestattet und alles Werthvolle mitgehen lassen. Unter den gestohlenen Sachen: Uhren, Ohringe, Fingerringe, Broches, Geld etc., befindet sich auch eine Granatbroche, welche den Buchstaben C darstellt. Leider sind auch Sachen einer Mitbewohnerin der Wohnung verschwunden. Von den Dieben fehlt noch jede Spur; doch vermuthet man, daß die vorerwähnten beiden jungen Leute die Thäter sind.

Von Herrn v. Kähler erhalten wir folgende auf eine Notiz in Nr. 174 des „Vorwärts“ bezügliche Zuschrift:

Ich erkläre hiermit, daß Graf Ed. Pückler sich niemals und an keiner Stelle verpflichtet hat, meine Schulden zu begleichen, die von meiner Frau dahingehende Gläubiger gegenüber am 23. d. M. angeblich gemachte Aeußerung beruht auf einem völligen Irrthum, der wohl nur veranlaßt war, daß Graf Pückler es freundlichweise übernommen hatte, meine Verwandten von dem gegenwärtigen Stande meiner Verhältnisse in Kenntniß zu setzen.

Den 29. Juli 1896. Günther von Kähler, Rittmeister a. D.

Olympia-Theater. Gestern erfolgte die Eintragung der Liquidation der Olympia-Theater-Gesellschaft in das Handelsregister. Am etwaigen Mißbräuchen entgegen zu treten, macht die Direktion dieser Bühne darauf aufmerksam, daß dieser formelle Akt auf den Betrieb des Olympia-Theaters, dessen Aufführungen von Wolosky Kiraloff's „The Orient“ bis zum Anfang des Monats Oktober ununterbrochen täglich zweimal stattfinden, keinerlei Einfluß hat und nur deshalb erfolgt, um die Ausschüttung des Gesellschaftsvermögens zur gesetzlichen Frist bewirken zu können.

Radfahrerunfälle. Gestern Nachmittag gegen 3 Uhr kam die Dinschstraße entlang vom Oranienburger Thore her der Kaufmann Helbig auf einem Zweirade. In der Einmündung der Alsterstraße gab er vorschrittsmäßig das Glockensignal, wurde aber im nächsten Augenblick von einem schnell um die Ecke biegenden Schlächterwagen erfasst und zu Boden geworfen. Die Folge des Sturzes war ein Bruch des linken Unterarmes. Der auf dem Bode sitzende Schlächtergeselle hieb auf das Pferd ein und entkam nach dem Oranienburger Thore zu. Herr H. begab sich mittels Droschke nach seiner in der Schönhauser Allee belegenen Wohnung. Gleichfalls am gestrigen Tage, abends gegen 6 Uhr fuhr ein junger Burche, der 16jährige Tischlerlehrling Mattusch an der Nordseite des Brühlerplatzes mitten in eine Schaar auf dem Fahrdamm spielender Kinder. Ein etwa 4jähriges Mädchen, sowie ein etwas größerer Knabe wurden umgeworfen, kamen aber ohne nennenswerthe Verletzungen davon. Der rücksichtslose Burche, welcher zwar kurz vor der Kinderschar geläutet hatte, jedoch bequem hätte ausweichen können, hatte sich beim Sturz mit dem Rade den Fuß verstaucht und die Hand aufgerissen. Man brachte ihn zunächst zu einem Heilgehilfen, welcher ihn verband, sodann wurde er aber an das nächste Polizeirevier abgeliefert.

Polizei-Bericht vom 29. Juli. Gestern früh wurde in der Kaiser-Wilhelmstraße die 68jährige Handelsfrau Karoline Schulz geb. Schmidt von einem plötzlich erschienenen Reiter erfasst und von einem Soldaten gefaßt wurde, geschlagen und im Gesicht so schwer verletzt, daß sie nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte. — In der Postenstraße gerieth vormittags der 14jährige Sohn des Fischers Pfingsten unter die Räder eines Schlächterwagens, dessen Führer übermäßig schnell und auf der linken Seite der Straße fuhr, und erlitt einen Bruch des Kniegelenks. Der Kutscher setzte seine Fahrt fort, ohne sich um den Verletzten zu kümmern. — Die vierjährige Tochter des Maurers Stabenow lief in der Wallfadenstraße gegen einen vorüberfahrenden Schlächterwagen, wurde überfahren und am Oberarm erhebelich gequetscht. — Mittags wurde vor dem Hause Mehlnerstraße 67 der 71jährige Handelsmann Selig Sohn durch eine Droschke, deren Führer sich nach Angabe der Zeugen mit seinen Fahrgästen unterhielt, überfahren und am Oberarm schwer verletzt. Er wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Nachmittags fand in der Schützenstraße ein Zusammenstoß des elektrischen Wagens Nr. 10 der Linie Leipzigerstraße-Rainro mit einem Gesäßswagen statt, wobei zwei Fensterhebeln des elektrischen Motorwagens zertrümmert wurden; Personen wurden nicht verletzt. — In der Mauerstraße fand abends eine Schlägerei statt, bei der der 31jährige Monteur Adolf Luttich eine Verletzung am Kopfe davontrug. — Beim Aufstellen eines Vogelkästes vor dem Hause Adalbertstr. 67 fiel der Dachdecker Karl Ritzing auf den Bürgersteig hinab und zog sich außer einer leichten Verletzung im Gesicht eine Verrenkung des linken Handgelenks zu. — In der Landsberger Allee, vor dem Böhmischen Brauhaus wurde der 75 Jahre alte Kaufmann Vinus Abrahamson vom Schläge getroffen; er starb bald darauf. — Heute Nacht brach in der Gerberei von Scheffel auf dem Grundstück Prinzenallee 52 Feuer aus, das den Dachstuhl sowie dort lagernde alte Maschinentheile zerstörte.

Aus den Nachbarorten.

Friedenan-Steglich. Da die Zeitungs Expedition für diese beiden Orttheile in Parteilage übergeben soll, werden die Genossen wiederholt dringend ersucht, sich in die für diesen Zweck an folgenden Stellen ausgelegten Listen einzuzichnen: Friedenau: Jordan, Schmaragdendorfer- und Lauterstrafen-Gde.; Weinstert, Handberg- und Rönnebergstrafen-Gde.; H. Bernsee, Kirchstr. 15, v. 4 Tr. bei Frau Till. — Steglitz: Fr. Schellhase, W. Mähring, Abornstraße; H. Ost, Duppelstr. 29; W. Ziele, Albrechtstr. 125; B. Günther, Marxstr. 9; B. Gärtner, Schloßstr. 8; C. Sudrow, Düntherstr. 4, 4 Tr. Die Kommission.

Charlottenburg. Wiederrum bringen wir den Genossen unsere Partei-Expedition in Erinnerung. Bei Bestellungen auf den „Vorwärts“, „Volkswacht“, „Wahren Jakob“ u. s. w. wolle man nur diese berücksichtigen. Im Auftrage: Der Partei-Expeditur G. Scharnberg, Pestalozzi-strafe 27.

Rixdorf. Ein erhebliches Schandfeuer brach am Mittwoch Morgen gegen 4 Uhr in der Holzbelegungs-Fabrik von Mutterweich in der Bergstraße aus. Nur mit großer Anstrengung gelang es der freiwilligen Feuerwehr, daß Feuer auf seinen Fesseln zu beschränken. Wie der Brand entstanden, konnte noch nicht festgestellt werden.

Ueber einen Zusammenstoß von streikenden Bauarbeitern mit Schülern in Schöneberg verbreitet eine hiesige Lokalcorrespondenz einen Bericht, den wir unter Vorbehalt wiedergeben, da wir bisher nicht haben ermitteln können, was daran auf Wahrheit beruht. Der Bericht lautet:

Schwere Ausschreitungen gegen Schöneberger Polizeibeamte sind am Sonnabend von einer Anzahl streikender Bauarbeiter begangen worden. Dieselben hatten sich gegen Abend vor einem an der Rypshäuserstraße belegenen Neubau versammelt, auf welchem, obgleich über ihn der Streik verhängt war, doch eine Anzahl von Leuten arbeitete. Sie wollten dieselben zwingen, ebenfalls zu streiken, und gingen sogar, als jene sich dessen weigerten, gegen einzelne von ihnen mit Thätlichkeiten vor. Infolgedessen sahen sich die Leute genöthigt, von der Schöneberger Polizeiwache am Nollendorfplatz Hilfe herbeizurufen zu lassen, worauf denn auch der diensthabende Wachtmeister mit zwei Beamten vor dem Neubau erschien und die Streikenden aufforderte, ihrer Wege zu gehen. Sie weigerten sich jedoch, Folge zu leisten, und setzten überhaupt den Beamten solchen Widerstand entgegen, daß diese schließlich vier der ärgsten Aufwiegler verhafteten und zur Wache abführen wollten. Kaum aber waren sie mit denselben einige Schritte entfernt, als ihnen mehrere schwere Mauersteine nachgeschleudert kamen, deren einer so heftig den Kopf eines Beamten traf, daß ihm der Helm zu Boden fiel. Und ehe die Beamten noch Zeit hatten, sich wieder umzusehen, flog jenem ein zweiter Mauerstein abermals mit solcher Wucht gegen den Hinterkopf, daß er sofort blutüberströmt ohnmächtig zusammenbrach. Hierauf sprang derselbe Mensch, der den Stein geworfen hatte, noch auf den am Boden liegenden Beamten zu und wollte ihm mit einem Todtschläger ins Gesicht schlagen. Doch wurde er hieran durch das schnelle Einschreiten der beiden anderen Beamten verhindert, welche ihn jetzt festnahmen und nebst einem zweiten Rädelshüter zur Wache brachten, von wo aus beide am nächsten Tage dem Untersuchungsgefängniß in Moabit überwiesen wurden, um sich mit ihren Kumpanen, welche ebenfalls festgesetzt worden sind, wegen Landfriedensbruchs unter erschwerenden Umständen zu verantworten. Der zu Boden geschlagene Beamte, welcher eine bedenkliche Schädverletzung erhalten hat und ins Krankenhaus geschafft werden mußte, ist von dem Vorfall um so schwerer betroffen, als er nicht nur sechs kleine Kinder hat, sondern auch seine Frau gerade gegenwärtig mit einem siebenten Kinde in den Wochen liegt.

Sollten die hier behaupteten Thatsachen wahr sein, so ist das Benehmen der Streikenden auf das schärfste zu mißbilligen. Derartige Gewaltthatigkeiten schädigen nur ihre Urheber und die Sache, der sie dienen wollen. Den Gegnern der Arbeiterbewegung geben sie einen willkommenen Anlaß zu neuen Verleumdungen.

Ueber die Vergewaltigung einer Frau in der Haide zwischen Ostend und Sadowa wird berichtet: Gestern begab sich gegen Mittag die ungefähr 28 Jahre alte Frau M., die in Ostend wohnt, während des Tages aber in einer Berliner Druckerei arbeitet, auf dem durch die Haide führenden Weg von Ostend nach Sadowa. An der völlig abgesehenen Stelle bei der Hühlerale trat ein Mann an sie heran und that ihr, ehe sie sich wehren konnte, Gewalt an. Auf ihre Hilferufe ergriff er die Flucht und entkam.

Ein Militärgefangener (Prüßmann), welcher am vorigen Donnerstag aus dem Festungsgefängniß in Spandau entwichen war, am nächsten Tage bei Rauen indes wieder ergriffen worden ist, hat in seiner Zelle einen Selbstmordversuch gemacht, indem er sich mittelst eines Handluches erhängte. Er wurde aber noch rechtzeitig abgehängt.

Auf der Havel ist dieser Tage ein Vergnügungs-Dampfer, der von Berlin eine Fahrt nach dem See der Unterhavel unternommen hatte, in schwere Gefahr gerathen. Als das Schiff auf der Heimkehr spät abends die Charlottenbrücke in Spandau passirte, mußten die Brückenklappen hoch gezogen werden. In demselben Augenblick wollte aber ein Viehhändler aus Friedrichberg über die Brücke fahren und der Vorchrist zuwider hatte er seine Pferde zu schnellster Gangart angetrieben, wobei er nicht sah, daß die Brückenklappen offen waren. Der mit großer Schnelligkeit herankommende Wagen wäre nun unfehlbar in die Tiefe auf den dicht mit Fahrgästen besetzten Dampfer gestürzt, wenn nicht hart am Rande der Öffnung der Brückenwörter, die entsetzliche Gefahr erkennend, sich den Pferden entgegen geworfen und sie zum Stehen gebracht hätte. Er hat dadurch eine furchtbare Katastrophe abgewendet.

Massenhaftes Fischsterben ist seit einigen Tagen in der Spree zu beobachten. Zahlreiche Fischer fahren in Handlähnen umher und sammeln die todtten Fische. Da dieselben zur Nahrung bestimmt sind, kann nicht dringend genug vor Ankauf todtter Fische gewarnt werden.

Witterungsübersicht vom 29. Juli 1896.

Stationen.	Barometer stand in mm. reduziert auf Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Stala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (000. 4000.)
Swinemünde . . .	758	NO	3	wollig	20
Hamburg	760	NRN	2	bedeckt	14
Berlin	756	NRD	1	wollig	21
Biesbaden	758	N	2	bedeckt	19
München	758	SW	4	bedeckt	16
Wien	—	—	—	—	—
Japayanda	756	SW	4	heiter	18
Petersburg	764	SB	1	wollenlos	20
Cort	755	SB	2	halb bedeckt	12
Aberdeen	761	SO	2	bedeckt	16
Paris	763	NRN	1	halb bedeckt	15

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 30. Juli 1896. Kähler, zunächst meistens trübe und regnerisch bei schwachen westlichen Winden; nachher aufklarend. Berliner Wetterbureau.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Eine Klage gegen die Verwaltung der Stufenbahn sollte gestern vor dem hiesigen Gewerbegericht verhandelt werden. Ein plötzlich zur Entlassung gekommener Beamter stellt an die Gesellschaft Gehaltsansprüche auf sechs Wochen. Das Gewerbegericht erklärte sich zur Erledigung dieser Klage für unzuständig, weil die Stufenbahn dem Eisenbahn-Gesetz untersteht und muß aus diesem Grunde die Klage vor dem Amtsgericht verhandelt werden.

Aus der Kolonialabtheilung wurde gestern Mittag um 1 Uhr wiederum ein Massai-Neger mittels Südlichen Krankewagens nach der Charitee überführt. Derselbe soll jedoch angeblich nicht durch den Klimawechsel erkrankt, sondern von einem anderen inneren Leiden befallen sein.

Durch ein schon gewordenes Pferd wurde ein schwerer Unglücksfall gestern Mittag um 1 Uhr vor dem Portal Ia der Ausstellung herbeigeführt. Dort war ein Geschäftswagen angefahren, von welchem Waaren verladen und in die Ausstellung hineingetragen wurden. Einige spielende Hunde brachten das Pferd plötzlich zum Scheitern. Es rannte, den Kutscher, der das Thier am Zaum ergriffen hatte, mit sich schleifend, die Chaussee nach dem Bahnhof zu entlang. Bei der wilden Fahrt schlug der Wagen um, die Stränge rissen, und das der Last nun ledige Pferd schleuderte den Kutscher zu Boden. Hierbei erlitt dieser, abgesehen von Verletzungen im Gesicht, auch innere Schäden und mußte, nachdem er auf der Sanitätswache einen Rothverband erhalten, sich später nach einem Krankenhaus begeben. Das Pferd wurde am Bahnhof Treptow zum Stehen gebracht.

Der Diebstahl einer Brieftasche mit 11000 Rubeln war jüngst als auf der Ausstellung verübt gemeldet worden. Die Verliererin soll eine Moskauer Dame gewesen sein. Den mutmaßlichen Dieben glaubt man jetzt, wie ein hiesiger Berichtserstatter meldet, in Posen auf die Spur gekommen zu sein, und zwar hat man dieshalb zwei Damen in Verdacht, welche Ende voriger Woche in einem Hotel in Posen logirten und sich als „aus Helgoland“ stammend in das Fremdenbuch eingeschrieben hatten. Die Damen machten beträchtliche Einkäufe, welche sie mit 100 Rubelscheinen beglichen. Kurz nach Eintreffen der „Helgölanderinnen“ in Posen traf ein Herr aus Berlin ein, der sich in einem anderen Hotel einlogirte. Wie jedoch ermittelt wurde, hat dieser Herr nach zwei Tagen zusammen mit den beiden Damen obige Stadt wieder verlassen. Man vermuthet nun, daß die drei Personen von Posen aus verschiedene Richtungen eingeschlagen haben, um wahrscheinlich, wenn über die Affäre Gras gewachsen ist, später wieder in Berlin zusammenzutreffen und die „Früchte ihrer Arbeit“ dann in aller Ruhe genießen zu können.

Gerichts-Beilage.

Ein frecher Ladendieb und Einbrecher stand gestern in der Person des schon vielfach vorbestraften 22jährigen „Arbeiters“ Karl Koutke vor der 7. Ferien-Strassammer des Landgerichts I. Der Angeklagte betrat am Abend des 8. Oktober v. J. den in der Straßunderstraße 23 belegenen Keller der Grünkrauthändlerin Frau Kern und machte sich hinter dem Ladenstisch zu schaffen. Frau Kern, die sich im Nebenzimmer aufhielt, hörte ein verdächtiges Geräusch und eilte in den Verkaufsraum, wo sie den Angeklagten in tiefer Stellung fand. Sie ließ ihn sofort festnehmen, weil sie der Lieberzeugung war, daß der Angeklagte ihre Ladentasse berauben wollte. Letzterer betritt dies energisch und gab auf der Polizei und auch in der gestrigen Verhandlung folgendes phantastische Stücklein zum Besten: er hätte sich für 10 Pf. ein Stück Seife kaufen wollen; am Ladenstisch sei das 10 Pfennig-Stück aber seinen Fingern entglitten und auf die Erde hinter den Tisch gerollt. Gerade als er sich bückte, um es zu suchen, habe Frau Kern den Verkaufsraum betreten und ihn sofort als Dieb festgenommen lassen. Den ihm zur Last gelegten Einbruch verübte der Angeklagte in einer Juninacht dieses Jahres. Hier war er geständigweise durch das offene Fenster in die Parterrewohnung des Dr. G. in der Victoriastraße eingestiegen und hatte sich die auf dem Tische und den Stühlen liegenden Gegenstände, drei silberne Becher und einen Anzug, angeeignet. Dr. G. hatte den Einbrecher jedoch bemerkt, sprang ihm, als er die Flucht durch das Fenster ergriff, nach und übergab ihn der Polizei. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten beider Strafthaten für überführt und beantragte 2 Jahr 3 Monate Zuchthaus und 3 Jahr Ehrverlust. Der Gerichtshof billigte ihm jedoch noch einmal mildernde Umstände zu und erkannte auf 2 Jahr 3 Monate Gefängniß und 3 Jahr Ehrverlust.

Wegen Unterschlagung im Amte stand heute der Polizeiwachmeister Wilhelm Hartleb vor der ersten Ferien-Strassammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war im Polizeibureau an der Müller- und Seestraßen-Ecke angestellt, einem Revier, welches vorwiegend von der arbeitenden Bevölkerung bewohnt wird und in welchem die Polizeibeamten nach Angabe des Angeklagten mit Arbeiten überhäuft sind. Auf diesen Umstand will der Angeklagte auch die Handlungen zurückgeführt wissen, welche die Staatsanwaltschaft als Unterschlagung aufsaß. Am 7. November v. J. erschien in dem erwähnten Polizeibureau der Straßenreineriger L. und bat den Angeklagten, 40 M. an sich zu nehmen. L. gab an, daß sein Bruder vor einigen Tagen wegen Verdacht des Diebstahls in Haft genommen sei. Derselbe habe ihm kurz zuvor 40 M. zur Aufbewahrung gegeben und da er annehme, daß das Geld nicht ehrlich erworben sei, wolle er es bei der Polizei abliefern. Der Angeklagte lehnte die Annahme des Geldes ab mit dem Bemerkten, daß L. es direkt beim Polizeipräsidium einliefern möge. Während der Mittagssunde erschien der Ankläger mit einer blauen Dienstmappe unter dem Arm bei L. und erklärte, daß es doch besser sei, wenn ihm das Geld ausgehändigt werde, damit er es dann dem Präsidium weitergeben könne. L. gab die 40 M. heraus und brachte dabei Notizen zu Papier. Längere Zeit darauf erschien die Frau in dem Bureau, welche von dem Bruder des L. bestohlen worden war. Sie bat um Rückgabe des Geldes, welches, wie sie gehört habe, auf dem Polizeibureau hinterlegt worden sei. Der Angeklagte erklärte bei dieser Gelegenheit wie bei späteren Anfragen der Bestohlenen, daß er von dem Gelde nichts wisse. Schließlich kam die Sache zur Kenntniß der Vorgesetzten des Angeklagten. Als dieser amtlich vernommen wurde, entkam er sich plötzlich des Vorfalls. Das Geld müsse noch in der Schublade seines Tisches liegen, die Angelegenheit sei ihm vollständig aus dem Gedächtnisse verschwunden. Bei Durchsichung des Tischkastens wurden auch die 40 M. gefunden. Der Angeklagte hatte sich aber kurz zuvor in auffälliger Weise bei der Schublade zu thun gemacht und es wurde angenommen, daß er das Geld erst kurz zuvor hineingelegt.

Ein zweiter verdächtiger Vorfall war einige Wochen vorher zur Sprache gekommen. Eine Droschkentuschers-Frau hatte im Bureau eine Uhr abgeliefert, die in dem Wagen ihres Mannes liegen geblieben war. Der Angeklagte hat die Uhr angenommen und das Protokoll dazu geschrieben, aber nur das Schriftstück beim polizeilichen Hauptbureau eingegangen, die Uhr fehlte. Es ist ermittelt worden, daß ein fremder Mann eine gleiche Uhr bei einem Pfandleiher hatte versetzen wollen. Auch hier wird dem Angeklagten zur Last gelegt, daß er sich die Uhr angeeignet hat. Er bestritt beide Strafthaten. Er habe thatächlich versetzt, daß er die 40 M. von L. in Empfang genommen. Die Uhr habe er nebst dem dazu gehörigen Schriftstück auf eine Bank im Bureau hinter sich gelegt, es hätten dort noch eine größere Anzahl Gegenstände gelegen, die vom Wagen des Polizeipräsidiums abgeholt werden sollten. Bei dem starken Verkehr im Bureau habe sich leicht einer der Besucher die Uhr aneignen können. Durch die umfangreiche Beweisanahme wurde der Angeklagte besonders im ersten Falle stark belastet. Der Staatsanwalt hielt ihn in diesem Punkte auch für zweifellos überführt, während das Verschwinden der Uhr nicht genügend aufgeklärt sei. Wegen der Unterschlagung beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten neun Monate Gefängniß und zweijährigen Ehrverlust. Der Gerichtshof trat den Ausführungen des Staatsanwalts bei, sprach den Angeklagten in betreff der Uhr frei und erkannte wegen des ersten Falles auf 6 Monate Gefängniß. Sein

Angeschlagten wurde ferner die Befugnis abgesprochen, während an vier Jahre ein öffentliches Amt zu bekleiden. Und welches?

Herr Samuel Grabowski, Winterfeldstr. 8 und Deunewitzstr. 21, ersucht uns, mitzutheilen, daß er nicht identisch, noch verwandt oder bekannt ist mit dem in unserer Dienstagsnummer in der Gerichtszeitung „Der Post zum Gärtner“ erwähnten Mann gleichen Namens.

Verfassungen.

Ueber die Gewerbegerichte und die Stellung der Frauen zu denselben sprach am Dienstag in einer vorwiegend von Frauen besuchten Volksversammlung Rechtsanwalt Meiner. Der Redner wies darauf hin, daß das Verlangen nach Laiengerichten eine alte Forderung der liberalen Parteien ist, die aber, wie so manche andere, von diesen längst aufgegeben und von der Sozialdemokratie übernommen ist. Der Vortragende führte weiter aus, daß namentlich die Juristen die entschiedensten Gegner der Laiengerichte seien, die sich, soweit solche gegenwärtig bestehen, angeblich nicht bewährt haben sollten. Bei einem Rückblick auf die historische Entwicklung der Rechtsprechung zeigte der Redner, daß bei den alten Völkern, namentlich den Römern, die Rechtsprechung ausschließlich von Volksschlichtern ausgeübt wurde, daß auch in Deutschland bis zur Zeit der Reformation die Gerichte durch Laien besetzt waren und erst nach dieser Zeit von den zu größerer Macht gekommenen absoluten Fürsten die Rechtsprechung den Berufsjuristen übertragen wurde. Gegen diesen Zustand habe sich dann in Frankreich eine starke Bewegung für die Wiedereinführung der Laiengerichte geltend gemacht, die zur Folge hatte, daß nach der französischen Revolution eine Art Gewerbegerichte eingeführt und unter Napoleon I. auch auf deutsche Gebiete übertragen wurden. Redner erinnerte ferner daran, daß auch in Preußen und speziell in Berlin, schon auf Grund eines Gesetzes von 1849 und später auf Grund der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes Gewerbe-Schiedsgerichte, die allerdings von den heutigen Gewerbegerichten unter anderem dadurch verschieden waren, daß in denselben keine Arbeitervertreter sassen, errichtet wurden. Dann wurde das Gesetz von 1891 erlassen, welches die Rechtsprechung in die Hände von Laien legt und damit eine alte Forderung der Liberalen verwirklicht. Nachdem sich aber herausgestellt, daß die so eingerichteten Gewerbegerichte in vielen Fällen zu Ungunsten des Unternehmers dem Arbeiter recht gehen, macht sich ein starker Widerwille gegen die Einführung von Gewerbegerichten geltend, wo solche noch nicht bestehen. Der Redner bespricht nunmehr die Vorzüge, welche die Laiengerichte gegenüber dem Berufsrichterthum haben und führt dies näher aus, daß zwar in den rein formalen und technischen Dingen die Juristen selbstverständlich besser bewandert seien, als die Laien, daß der Vorzug der letzteren aber darin bestehe, daß sie dem Gesetze freier gegenüberstehen, wie der Berufsrichter, und nicht nach dem Buchstaben des Gesetzes urtheilen, wo derselbe den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht. Ein Mangel sei es allerdings, daß die Frauen sowohl von dem aktiven wie passiven Wahlrecht zum Gewerbegericht ausgeschlossen seien. Vor Erlass des Gesetzes von 1891 gingen die Berliner Behörden mit dem Gedanken um, den Frauen die Theilnahme am Gewerbe-Schiedsgericht zu ermöglichen. In Sachsen hatten die Frauen bereits das Wahlrecht, was ihnen aber durch das Gesetz von 1891 genommen wurde. Es sei nicht einzusehen, warum die Frauen, die doch auch gewerblich thätig seien, und also das gleiche Interesse wie die Männer an der Rechtsprechung in gewerblichen Streitigkeiten haben, von der Wahl ausgeschlossen sind. Es bleibe kein anderer Weg, als durch einige Artifikation die bis jetzt ihnen vorenthaltenen Rechte zu erringen. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion. Zum Schluß nahm die Versammlung eine Resolution an, in der gegen die Ausschließung der Frauen von dem Gewerbegerichts-Wahlrecht protestirt und die Gewährung des Wahlrechts auch für andere Körperschaften verlangt wird.

Eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter, die am 28. Juli in Marienbad tagte, beschäftigte sich mit den Arbeits- und Lohnverhältnissen in den Maschinenfabriken von Rüsternmann, Röllner, König u. Köden und der Großen Berliner Pferdebaugewerkschaft. Wie Faber anführte, werden in den genannten Betrieben die gesetzlichen Vorschriften, die zum Schutze der Arbeiter dienen sollen, fast gar nicht beachtet und insbesondere in familiärer Beziehung vollständig ignoriert. Die Löhne sind, bei der in diesen Betrieben noch üblichen 10stündigen und sogar noch längeren Arbeitszeit, äußerst minimale. Trotz der hohen Dividende, welche die Berliner Pferdebaugewerkschaft an die Aktionäre zahlt, erhalten die im Wagenbau beschäftigten Arbeiter nur 30, 32 bis 35 Pf. Stundenlohn. Die versprochene Sozialzulage, auf die Arbeiter so lange gewartet haben, soll allerdings am 23. Juli ausbezahlt worden sein; doch nur an solche, so wurde behauptet, die es verstanden haben, mit den Meistern Freundschaft zu halten; hingegen sind andere, welche bereits fünf und sechs Jahre dafelbst beschäftigt sind, leer ausgegangen. Ein weiterer Mißstand in diesem Betriebe ist der, daß bei der Berechnung der Akkordarbeiten wiederholt Irrthümer zu Ungunsten der Arbeiter vorkommen und diese dann gezwungen sind, einen vollen Monat auf den zu wenig bezahlten Lohn zu warten. Die dafelbst gültige Arbeitsordnung verbietet das Sammeln von Unterschriften und Geldern zu irgend welchen Zwecken. Außerdem ist das Handeln mit Bier, Schnaps, Schwären u. verboten, trotzdem keine Kantine vorhanden ist, sobald die 264 dort beschäftigten Arbeiter bei ihrer schweren Arbeit keinerlei Erfrischungen bekommen können. Bei der Firma Köstermann muß derjenige, der einige Minuten sich verspätet, einen halben Tag aussetzen, was umsonst ins Gewicht fällt, als der dafelbst übliche Lohn an sich schon sehr niedrig ist. Weiter wurde behauptet, daß mehrere Arbeiter nur 16 M. für dieselbe Arbeit erhalten, wofür andere 21 M. bekommen. In der Fabrik von König u. Köden herrschen ähnliche Zustände. Die familiären Verhältnisse werden als sehr mißlich bezeichnet. Unter anderem sind Waschvorrichtungen garnicht vorhanden und die Klosets sollen sich in einem unbeschreiblichen Zustande befinden. Der Redner kritisiert sodann das Kolonnen-system, durch das die Arbeiter doppelt angebeutet werden und fordert zum Schluß die Anwesenheit auf, alle Mißstände der Agitationskommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bekannt zu geben, die dann die weiteren Schritte veranlassen wird. In der Diskussion, an der sich Kurgas, Schlegel und andere betheiligten, wurde das Verhalten der Arbeiter von der Rüsternmann Fabrik getadelt, die eine Lanpartie nach einem gesperrten Lokal veranstaltet haben und zum festen Zusammenschluß in der Organisation aufgefordert. Der anwesende Fabrikant, Herr Rüsternmann, und die Vertreter der anderen Firmen betheiligten sich, trotz der Aufforderung des Vorsitzenden und des Referenten, nicht an der Diskussion. Eine Resolution, in der sich die Anwesenden verpflichten, um die Mißstände zu beseitigen, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten, wurde gegen einige Stimmen angenommen. Zum Schluß wurde über den Streik in der Fabrik von Karl Schöning berichtet und die Anwesenden aufgefordert, die Ausständigen in jeder Weise kräftig zu unterstützen.

In einer Versammlung der selbständigen Mähermacher, die am Mittwoch Vormittag stattfand und auch von Arbeitern und Arbeiterinnen sehr zahlreich besucht war, berichtete Johnson über die mit den Fabrikanten getroffenen vorläufigen Vereinbarungen folgendes: Um die Bewegung nicht unnötig in die Länge zu ziehen und wenigstens etwas heranzuführen, habe die Kommission gemeinsam mit einer Anzahl der Selbständigen beschlossen, von der bisherigen Forderung einer prozentualen Lohnerhöhung abzusehen und statt dessen für das Duzend Mäher, das bisher mit 150 M. bezahlt wurde, einen Aufschlag von 15 Pf. zu fordern, auf solche über 150-3 M. 20 Pf. und über 3 M. 25 Pf. Zulage zu verlangen. Anstatt der Forderung des Ausganges der gezahlten Löhne, gegen den sich die

Fabrikanten energisch sträubten, wurde der Vorschlag gefasst, daß den Arbeitern auf Wunsch Einsicht in die Kalkulationsbücher zu gestatten sei. Als die Fabrikanten auch darauf nicht eingehen wollten, ließ man auch diesen Punkt fallen, hielt aber an der Forderung fest, daß keine Maßregelung stattfinden solle. Was auch die Fabrikanten anerkannten. Die solcher Gestalt herabgesetzten Forderungen sind von einer Reihe von kleineren Fabrikanten unterschrieben, während die großen nach wie vor jede Verhandlung mit der Kommission ablehnen. Diese Abmachungen wurden der Versammlung zur Diskussion vorgelegt und von den anwesenden Selbständigen ohne Widerspruch angenommen. Die Versammlung diskutierte nunmehr die Frage, ob man nach diesem Resultat den Generalstreik aufheben und den partiellen Streik durchführen solle. Nach eingehender Debatte wurde beschlossen: In den partiellen Streik einzutreten. Die Selbständigen verpflichteten sich, bei den Fabrikanten, die noch nicht bewilligt haben, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, als bis die betreffenden ihre Unterschrift gegeben haben. Die Arbeiter und Arbeiterinnen gaben das Versprechen, jeden Fall, in dem ein Selbständiger diesem Beschluß zuwiderhandelt, der Kommission anzuzeigen. Bitte empfahl den Selbständigen, während des Streiks keine Arbeiter und Arbeiterinnen von anderen Kollegen einzustellen und den Arbeitern nach Möglichkeit ihre alten Plätze zu erhalten und die Arbeitsstelle jetzt nicht zu wechseln. Ferner wurde beschlossen, daß die Streikenden, welche am Donnerstag die Arbeit wieder aufnehmen, für diese Woche keine Unterstutzung mehr erhalten. Die nächste Versammlung findet am Sonntag Vormittag 9 Uhr statt.

Arbeiter-Kindergarten Berlin und Umgebung. Vorsitzender Hr. Hermann, Vorkonferenz. Wie den Bedingungen im Besonderen sind zu richten an: Friedrichstr. 10, Montagsstr. 10, v. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgebung. Vorsitzender Hr. G. H. Wie die Bedingungen im Besonderen sind zu richten an: Hermannstr. 10, v. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgebung. Vorsitzender Hr. G. H. Wie die Bedingungen im Besonderen sind zu richten an: Hermannstr. 10, v. 2 Tr.

Vermischtes.

Hamburg, 28. Juli. Vor dem hiesigen Landgericht begann heute die Verhandlung gegen die Gründer der „Hamburger Handelsbank“ in Hamburg, nämlich gegen die Müller, Meißel und Homann, den früheren Bankbeamten Kampmann und den Privatier Scharten wegen wiederholten versuchten Betruges betr. Beihilfe. Die Verhandlungen, zu denen 42 Zeugen geladen sind, dürften mehrere Tage in Anspruch nehmen.

In Düsseldorf war eine auf der Loretostraße wohnende Frau damit beschäftigt, Wäsche auf der Leiche auszutreiben, als sie plötzlich todt zu Boden fiel. Bei der Besichtigung der Leiche ergab sich, daß die Frau durch einen Schlag geblendet worden war, der von einem der benachbarten Häuser aus abgefeuert sein muß. Der Schütze war bisher nicht zu ermitteln; wahrscheinlich liegt fahrlässige Tödtung vor. Die Untersuchung ist im Gange.

Ein Gerbenunfall ereignete sich auf der Zeche „Friederika“ bei Dortmund. Der Schachthauer Steger war mit anderen mit der Reparatur des Schachtes beschäftigt; nach Beendigung der Arbeit wollte er mit dem Friedr. Hesse nach oben fahren, gerieth dabei aber zwischen Korb und Einriecher und wurde in gräßlicher Weise zu Tode gequetscht. Die Leiche wurde in die Tiefe. Der Schwager des Verunglückten, der Steiger Kramer, holte die Leiche mit Gefahr für das eigene Leben heraus.

Wien, 29. Juli. Gestern Abend entgleiten bei Böheimkirchen (Niederösterreich) die Maschine, zwei Personen und ein Gepäckwagen des Wien-Pariser Schnellzuges. Drei Reisende wurden leicht verletzt.

Wien, 28. Juli. Hier sind infolge der seit mehreren Tagen anhaltenden großen Hitze mehrere Hitzschläge mit tödlichem Ausgange vorgekommen. Eine Frau verfiel auf offener Straße in Tobsucht.

Der Gastwirthin Frau Minna Niebeck, Putzmannstraße 9, zu ihrem heutigen Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche und ein dreifaches Hoch!!!
Die Stammgäste.
C. M. O. P. W. N. H. K. W. P.
H. T. O. M. R. B. W. S. R. P.
A. W. O. Sch.

Codes-Anzeige.

Am 28. Juli starb nach kurzem Leiden unser Kollege, der Schlosser
Oswald Grieshaber
im 85. Lebensjahre an Nierenleiden. Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 5 Uhr, vom Krankenhause am Urban aus statt.
Die Anordnungs-Werkstatt,
Grünauerstraße 17.

Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied, der Mechaniker

Bernhard Henze,

am Dienstag, den 28. d. M. nach kurzem Krankenlager verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 31. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Friedhofes, Hermannstraße aus, statt.
Um zahlreiche Theilnahme bittet
53/5
Der Vorstand.

Deutscher Bortier.

Deffert-u. Malzkräftbier 1. Rangd. Brauerei Durgbalt, Potsdam, gegr. 1736, bes. f. Blutarznei, Brustkr., Nierk., Wöchner. Medizin. u. d. leicht bekömmlich, nahrh. kräftigste Bier. — Ist blutbild., desh. bes. f. Geschwächte u. Gewichtsverlust. — 14 Hl. drei, 50 Hl. zehn M. exkl. In Geb. (1/2, 1/4, 1/8) s. Selbstb. wesentlich billiger. Allein-Verkaufst. f. Berlin u. Prov.: Portierskellerei Ringier, Berlin, Brunnstr. 152. — Nicht Plagiatgefahr! — Qualitätsversichert!

Möbel-Verkauf

des Möbelhändlers Rosenthaler Straße 13. Wegen beschleunigter Begräbniß einer Räumlichkeit verkaufe ich mein Warenlager zu noch nie dagewesenen Preisen. Zum Umzug und für Brautleute ist somit die einzig rechte Gelegenheit gegeben. Ausstattungen, sowie einzelne Stücke gebiegen und billig einzukaufen. Man lasse sich nicht durch unzulässige Anpreisungen blenden, sondern besichtige sich die Möbel, welche man kaufen will, genau und vergleiche dieselben mit meinen nur gediegenen Möbeln und anerkannt billigsten Preisen. Verlasse ganz gesunde Einrichtungen, sowie einzelne Stücke ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbelhändler. Nach größtem Vorrat gebrauchter und neuerer gewöhnlicher Möbel zu nachstehendem Spatzenpreis: Kleiderstühle 10 Mark, Nippbaumkleiderstühle 20, Büchertische 10, Kleiderstühle 20, Kommode 2, Sopha 10, Bettstühle mit Sprungfederunterlage und Matratzen 10, Stühle 2, Stuhlbaumtisch 10, Stühle 2, Nippbaumtisch 10, Stühle 2, Tischgarnitur 10, usw. hochfeine Tischgarnitur 100 Mark. Hochfeine Nippbaum- und Mahagoni-Möbel für Hochzeiten. Was gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Kein Anzahlungszwang. Geringe Kapazitäten. Bitte große Möbelstücke. Gefaßte Möbel können kostenfrei auf meinen Lagerplätzen 2 Monate stehen bleiben und werden dann durch eigene Gespanne sauber transportirt und aufgestellt, auch nach außerhalb.

Möbel-Verkauf

Schülerstr. 2 nur noch bis 1. Okt. 99 passende Gelegenheit für Brautleute. Verkauft ganze Wohnungs-Einrichtungen von 100 bis 600 Mark, hochfeine bis 5000 Mark. Speziell verkaufe ich gebrauchte, durch Gelegenheit angekaufte herrschaftliche Möbel und Polsterwaren zu ganz billigen Preisen; auch gebe neue ganze Wohnungs-Einrichtungen auf Abzahlung. Kleiderstühle, Sopha, Bettstühle mit Sprungfederboden, gebraucht, 18 M., Kleiderstühle, Kommode, gebrauchte, 12 M., Waschtoilette 16 M., Nippbaum- und Mahagoni-fournirte Kleiderstühle, Waschtische 36 M., Nippstühle 45 M., Schlafsofa mit Auszug 30 M., acht Nippbaum Treppentritt 60 M., Salongarnituren von 75 M. an, Paneelelsofa mit Plüschbezug von 75 M. an, Kaffeeische, 50 M., Salonschranke, Herrenschreibtisch 50 M., Damenschreibtisch 40 M. an. Plüschbezüge, englische Garderobe, / Pfeilsofakette, alle größeren Gardebodenplüsch, Chaiselongues, Nippbaumtisch, Stühle, Spiegel, alles ganz billig. Niemand sollte verkäuflich, mein allezeitiges bekanntes großes Lager zu besichtigen, ohne Kaufzwang. Gefaßte Möbel werden 8 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne in die Wohnung gebracht und aufgestellt.

Aussein. nur noch kurze Zeit.

Gratis

erhält Inhaber dieser Annonce (welcher meine Bücher noch nicht versucht) zur Probe ein 54992

Loh-Tanninbad,

Sicherste Heilung bei allen Haut-, Blut- u. Frauenkrankheiten, Folgen v. Quecksilberkur, Magen-, Nerven-, Nieren- und Blasenleiden, bewährt gegen Gicht und Rheumatismus. Prospekt mit hundert von Dankschreibern Geheilten gratis und franko.
G. Münsel, Berlin,
Wallstr. 70,
Neu Cölln am Wasser 6-8,
Ansbacherstr. 19
und Pankstr. 32.
Echhbäder für Krankenkassen.

Zu kaufen gesucht zu guten Preisen: ältere sozialistische Bücher und Broschüren (von Weitling, Lassalle, Marx, Engels u. a.) sowie Zeitschriften (Neue Zeit, Nordstern, Volksstaat, Vorbote, Sozialdemokrat, Zukunft u. a.) Auch einzelne Hefte u. Nummern.
S. Calvary & Co., Berlin NW.,
Luisenstr. 31. 5551L

Sonnabend: Resterverkauf.

Beachtenswerth für Schneider!
[5563L*]

Anzug- u. Hahntothoffe
Brenner & Cie.
Alte Jakobstr. 57/59.
Jedes Maß zu Engrospreisen.
Holz- u. Kohlengeschäft, 8 J. best. bill. z. verkaufen Schleiermacherstr. 16.

Fruchtweine

Johannisbeerwein, weiß und roth, Stachelbeerwein, Heidelbeerwein (10 Liter) 75 Pf., 1 Liter 7 Pf. 50.
pro Glas.
DEUTSCHES REINER 10 P.FENNIG.
1/10 Liter.
Kohle der Berliner Groß-Debitaturs Berliner Gewerbe-Kaufmanns-Verkehrs-Gesellschaft. Karl. Vorkonferenz-Verkaufsstelle. **Eugen Neumann & Co.**
Detail-Verkaufsstellen: Belle-Alliancestr. 6 u. 7, Friedrichstr. 81, Oranienstraße 6, Genthinerstr. 20. **Waldram: Badestr. 7.**

Ein grosser Posten

Steppdecken

echt Wollatlas (reine Wolle) Grösse 150 x 200, Stck. 7,50 M. ca. 1000 Stück schwere dunkelblaue Normal-Schlafdecken in reizenden Jacquard-Mustern, Grösse 150 x 200 cm. 4,50 M. pro Stück.
Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franko.
Steppdecken-Fabrik **Emil Lefèvre,**
Berlin S., Oranienstr. 158.

Suche 1. Aug. möbl. Zimmer, sep., allein, in der Nähe Kottbuser Plaz. Off. mit Ang. d. Preises an Schwarztopf, Staligerstraße 11. 2986b

Ein seit 1875 bestehendes Grünfranku. Vorkonferenz-Geschäft ist wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. 80. Rathborstrasse 2. 2925b

Nussbaum-Einrichtung, bestellte Arbeit, neu, umständlich, mit Verlust verkäuflich Admiralstr. 8, v. 11.
Wett, Tisch, Sopha, Fliegenstühle, Stühle, Ofen sehr billig Schönleinstr. 8, vorn 8 Tr. r. 2927b

Eine saubere Schlafstube ist v. sofort ab. später nahe Alexanderpl., Georgenkirchstr. 37a, 1. Duergeb. 3 Tr. bei Neumann zu vermieten. 2922b

Ein Genosse findet (inkl. möbl. Schlafst. bill. Adalbertstr. 1, 4 Tr. r. Meffert.

Schlafstube, Reichenbergerstraße 177, S. S. L. d. Frau Ernst. 2899b

Möbl. Schlafstube, sep. Eingang, bei Wwe. Zeller, Rautenfeldstr. 51, 2 Tr.

Bessere Schlafstube für zwei Herren, separat, Raunynstr. 4, vorn 4 Tr., bei Jähnke. 2981b

Bessere Schlafstube f. 5. Raffortstr. 45b, 1 Tr. bei Bie n. 2930b

Möbl. Schlafstube Langej. 23, v. 1 Tr. Schlafst. f. 5. Färbenstr. 5. 2924b

Arbeitsmarkt.

Eine Blechfabrik in Breslau sucht tüchtige Schlosser für Fassonier und 1 Monteur für Blechschächer und Werkstatt. Meldungen bei Gustav Schmitt u. Co., Alexanderstr. 29. Nachmittags 4-8 Uhr.

Für unsere Abtheilung Metallfabrik suchen wir tüchtige Klempner, die schon in der Branche gearbeitet haben, bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung. 2922b
Klempner-Gesell. „Pietät“ in Dresden.

Zementeure, welche zuverlässig und selbständig arbeiten, für größere Mordarbeiten sofort gesucht. 5592b

Otto Schwirg u. Co., Zementwarenfabrik, Zinnowitz.
Nahmearbeiter verlangt Mathiesstraße 14. Wolff. 2982b

4 tücht. Korbmacher a. Mattarbeit finden dauernde Beschäftigung. 2934b
Wrangelestraße 141.

Tüchtige selbständige Arbeiter zur Erzeugung von Federhüllen für Spinnereien finden in Prag (Oesterreich) dauernde Stellung. 2894b
Offerten unter „Prag“ übernimmt die Exped. d. „Vorwärts“.

Verfälscher verlangt Wolgasterstr. 10
Firma 50 Simons werden bei Welter Lehnartiz sof. verlangt u. finden dauernde Beschäftigung auf Maake's Werke, Bismarckstr. 1. d. Mat., Bahnstation Brause (Stett. Bahnh.),

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
 Donnerstag, den 30. Juli.
Neues Opern-Theater. (Kroll.)
 Margarethe.
Deutsches Theater. Madame Sans-Gêne.
Festung-Theater. Das Modell.
Schiller-Theater. Vergnügte Flitterwochen.
Neues Theater. Lala-Lola.
National-Theater. Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.
Residenz-Theater. Der Stellvertreter. Erlauben Sie Madame!
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Pelle-Alliance-Theater. Der Goldsucher.
Theater Unter den Linden. König Chilperich.
Friedrich-Wilhelmstadt. Konzertpark. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Banfmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
 (Wallner-Theater.)
 Donnerstag, abends 8 Uhr: Vergnügte Flitterwochen.
 Freitag, abends 8 Uhr: Die Kinder der Excellenz.

Alexanderplatz-Theater.
 Alexanderstr. 40.
 Direktion: Max Samst.
 Sensationellste Novität der Saison.
Die offizielle Frau.
 Schauspiel in 4 Akten nach Savogés Honorat von J. Lehmann.
 Morgen und die folgenden Tage: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
 Bester Monat unter Direktion Adolph Ernst.
Anfang 8 Uhr.
Charley's Tante.
 Schwank in drei Akten von Brandon Thomas.
 Repertoirestück des Globe-Theaters in London.
 Vorher: Die Bajazzi. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Der Sommer-Garten ist geöffnet.

Central-Theater.
 Alte Jakobstr. 39.
 Direktion: Richard Schultz.
Wiedereröffnung
 Sonnabend, den 1. August 1896.
 Zum 254. Male:
Eine tolle Nacht.
 Große Ausstattungspoffe mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von W. Mannstädt und J. Freund.
 Musik von Julius Gindshofer.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Alt-Berlin.
 Bei günstiger Witterung nachmittags 4, 6 und 8 Uhr:
Drei grosse historische Umzüge.
 Altdeutsches Musikkorps. Kapellmstr. Stroller.
 Wiener Elite-Kapelle à la Strauss Kapellmeister Fischer.
 Sänger-Gesellschaft "Flora", 20 Personen, in Bierländer Kostümen.
 Eintritt bis 5 Uhr 50 Pf., später 25 Pf.
Sonnabend: Große Blumen-Illumination.

Kaufmann's Variété.
Budapester
Boßen- u. Operetten-Theater
 Direktion: Gebrüder Hornfeld.
 Heute, Donnerstag, den 30. Juli:
 Zum 30. Male:
Die Welt geht unter.
 Original-Lustspiel von Donat Fernsfeld.
 Ferner zum 10. Male:
Der Verwandlungskünstler.
 Burleske von J. Arnim.
 Anf. 8 Uhr. Vorzugskarten gelten.

Puhlmann's
Vaudeville-Theater.
 Schönhauser Allee 148.
Der Krach in der Gewerbe-Ausstellung.
 Operette in 1 Akt von Ernst Grunau.
 Auftreten des gefaminteten **Spezialitäten-Personals.**
 Anfang 4 Uhr.
 Entree 30 Pf. Reserv. Platz 50 Pf.

Urania.
 Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
 Naturkundliche Ausstellung
 täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater
 abends 8 Uhr.
 Invalidenstr. 57/62, Behr. Stadtbahn.
 Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr
 abends ab. Eintritt 50 Pf.
 Näheres die Tagesanschlüsse.

Passage - Panopticum.
42
wilde Weiber
 aus
Dahomey.

Castan's
Panopticum.
 Neull Neull Neull
4
hochsensationelle
Neuheiten
 die ein **Jeder**
sehen muss!

National-Theater.
 Große Frankfurterstrasse 132.
 Direktion: Max Samst.
Die Reise durch die
Gewerbe-Ausstellung.
 Große Poffe mit Gesang von
 Hugo Busse.
 Regie: Fritz Schöler.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
National-Theatergarten.
Großes Konzert. Theaterstücke.
Spezialitäten 1. Rangos.

Spezial-Ausstellung
KAIRO
 ab 7 Uhr nachm. ohne Gewerbe-Ausstellungs-Billet zugänglich.
 Von 10 Uhr vormittags geöffnet.
Riesen-Arena:
 5 und 8 1/2 Uhr nachmittags.
Massen-Schaustellungen
 der **Beduinen.**
Konzert von 4 Kapellen
Entree 50 Pfg.
 Kinder unter 10 Jahren an allen Tagen die Hälfte.
 Elitetag Montag 1 Mk.
 Illuminationstag: Freitag ab 5 Uhr 1 Mk. Entree.

Viktoria-Brauerei
 Lützowstrasse III/112
 (nahe Potsdamer Brücke).
 (Garten resp. Saal).
Heute
 sowie täglich (außer Sonnabend):
Stettiner
Sänger
 (Moysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader).
 Anfang präzis 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.
 Im Vorverkauf sind Billets à 40 Pf. und Familienbillets à 1 Mk. (für 3 Personen gültig); zu haben. (Siehe Plakate.)
 Zum Schluß: Nur noch kurze Zeit:
Cavalleria schufficana
 Heute nach der Soiree:
Tanzkränzchen.
 Empfehle allen Freunden und Bekannten mein **Welsch, Parisisch Bier** und **gr. Speisegeschäft.** Reichhalt. Frühstück von 50 Pf., Mittag mit Bier 60 Pf. sowie Abendtisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen. 4977L*
H. Stramm, Restaurat., Ritterstr. 123

Apollo-Theater
 und **Konzert-Garten**
 Friedrichstraße 218. Dir. J. Glück.
Stürmischer Lachersfolg!
Ein Abenteuer im Harem.
 Burleske in 1 Akt von W. Mannstädt.
 Musik von Paul Lincke.
Eine Szene im Zoologisch. Garten
 ausgeführt von der **Senetts-Troupe.**
 Ferner:
20 Kunstkräfte ersten Rangos.
 Kaffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. — Anf. der Vorstell. 8 Uhr.

Reichshallen-Garten
 Leipziger-Straße, am Dönhofsplatz.
Täglich
Norddeutsche Sängers
 Heute, Donnerstag:
 Zum 90. Male:
 Die **Ull-Parodie**
Alle fünf Barrisons
 Anfang Sonntags 7 Uhr,
 Wochentags 8 Uhr.
 Entree 30 Pf. Reservierter Pl. 50 Pf.
 Wird Sonntags wegen Regenwetter im Saal gespielt, beträgt das Entree durchweg 50 Pf.

W. Noack's
Sommer-Theater.
 Brunnenstr. 16.
Täglich:
Konzert und
Theater-Vorstellung.
 Im Saal: **Gr. Ball.**
Das große Loos.
 Schwank in 1 Akt von Schmaßow.
Neu! Neu!
Das Amazonen-Corps
 oder
 Berliner Sportmädels.
 Burleske mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von Balther Gerike.
 Anfr. hervorragender Spezialitäten.

Feldschlößchen
 142 Müllerstraße 142.
 Telephon: Amt Moabit 1213.
Täglich:
Konzert, Theater.
Spezialitäten-Vorstellung.
Das Fest der Handwerker.
 Sonntags: **Großer Ball.**
 Mittwoch: **Tanzkränzchen.**
 Theodor Boltz, Deponant.

Julius Wernau's
Festsäle und Garten
 Schwedterstraße 23/24.
 Jeden Montag u. Mittwoch
Große
Spezialitäten-Vorstellung
 bei freiem Entree.
 Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. Vereinszimmer und 2 Regalbahnen zu vergeben. Telephon Amt III Nr. 2440.

Möbel-Kaufgelegenheit,
 passende Gelegenheit für Brautleute, Dienstaufträge 15, parterre, in der Möbelfabrik sollen ca. 200 komplette Wohnungs-Einrichtungen, vertrieben gewesen und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Zehnjährige Garantie. Beamten ohne Ausnahme. Besonders billig sind die an Herrschaften kurze Zeit vertieft gewesenen Möbel, Kleiderständer 15, Küchenspend, Komode 13, Bettstelle mit Matrags 15, Nussbaum-Kleiderständer 30 Mark. Waschtisch-Kleiderständer und Vertikons 25, französische Waschtischbetten mit Matrags 45, Säulen-Kleiderständer 45 Mark. Truemeubel mit Stufe 60, Elfenbeinarmaturen 60 Mark, neue, hochelegante Garnituren 105 Mark. Kuffers, Couffische, Pomekophos mit Sattelstücken und Plüschsitzung in allen Farben, Damen- und Herrenschreibische. Gefasste Möbel werden unentgeltlich 3 Monate auf meinen Ausbesserungsspeicher aufbewahrt, durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt. 4211L*

Hackescher Markt 4
J. Brünn
 Am Stadtbahnhof
Börse.
 Nach beendeter Saison gelangen nunmehr zum
Ausverkauf:
Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Feinwaaren!
 zu ganz außer gewöhnlich billigen Preisen.
 5417L*

Brauerei-Hilfsarbeiter!
 Donnerstag, den 30. Juli 1896, abends 8 Uhr,
 im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c:
Große öffentliche Versammlung
 aller in den Brauereien beschäftigten Arbeiter,
 als: **Hofarbeiter, Stallente, Fahrer, Mitsfahrer, Maschinisten, Heizer, Schlosser, Flaschenspüler etc.**
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Adolf Hoffmann** über „Gefunde und Gefindel.“ 2. Diskussion. 3. Wahl einer Vergleichs-Kommission. 4. Verschiedenes. Kollegen, erscheint Mann für Mann in Eurem eigenen Interesse.
 Der Einberufer.
 68/16

Arbeiter-Sängerbund
 Berlin und Umgegend. 17/8
 Donnerstag, den 6. August cr., abends präzis 8 Uhr,
 Brauerei Friedrichshain:
Generalprobe mit Orchester.
 Die Vereine werden außerdem auf die am Sonntag, den 2. August, stattfindende Übungsstunde aufmerksam gemacht, wofür auch die Mitglieder-Billets zum Sängersfest ausgegeben werden.
 Der Vorstand.
 17/7

Zentralverein der Bildhauer.
 Das **Sommerfest** findet nunmehr bestimmt am 15. August in der Neuen Welt statt. Die gelösten Billets haben hierzu Giltigkeit.
 Näheres durch spätere Annonce.
 Der Vorstand.
 294/9

Schweizer Garten
 Am Königsthor. — Haltest. d. Ringb. — Am Friedrichshain.
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Am Barent,
 oder: **Berliner in Paris.**
Volksbelustigungen und Ball.

2 Vorstellungen täglich
 Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr.
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia
Riesentheater.
 Grösstes Schaustück der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!

Ostbahn - Park
 Rüdersdorferstr. 71. Am Köstriner Park.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschock.
 Kaffeeküche 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas-Bier gratis.
 Volksbelustigungen jeder Art. 4 Regalbahnen zur Verfügung.
 Gute Bier, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
 Sonntags Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf.
H. Imbs.

Zu Landpartien
 vorzüglich geeignet.
Restaur. „Zur Schleuse“
 bei Königs-Wusterhausen.
Neue Mühle bei Königs-Wusterhausen.
vollständig renovirt.
Dampfer-Haltestelle direkt am Lokal.
Großer schattiger Garten. 2 Säle. 2 Regalbahnen. Ausspannung. Kaffee-Küche.
Gute Speisen und Getränke.
 Telephon Amt Königs-Wusterhausen Nr. 5.
 Zum fleißigen Besuch ladet freundlichst ein
Otto Boyer. 5498L*

Möbel, gebrauchte, kauft Barow,
 Rosenthalerstr. 15.
Achtung! Künstl. Zähne v. 8 Mk. an, Teilg. wöchentl. 1 Mk., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Kerosindien bei Bestellung umsonst.
H. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
Teilzahlung pr. Woche 1 Mk.
Handl. Zähne.
 5417L*